

AUSGABE 323 | 01. 2026

# AUFTRAG

VERBANDSZEITSCHRIFT  
Gemeinschaft Katholischer Soldaten

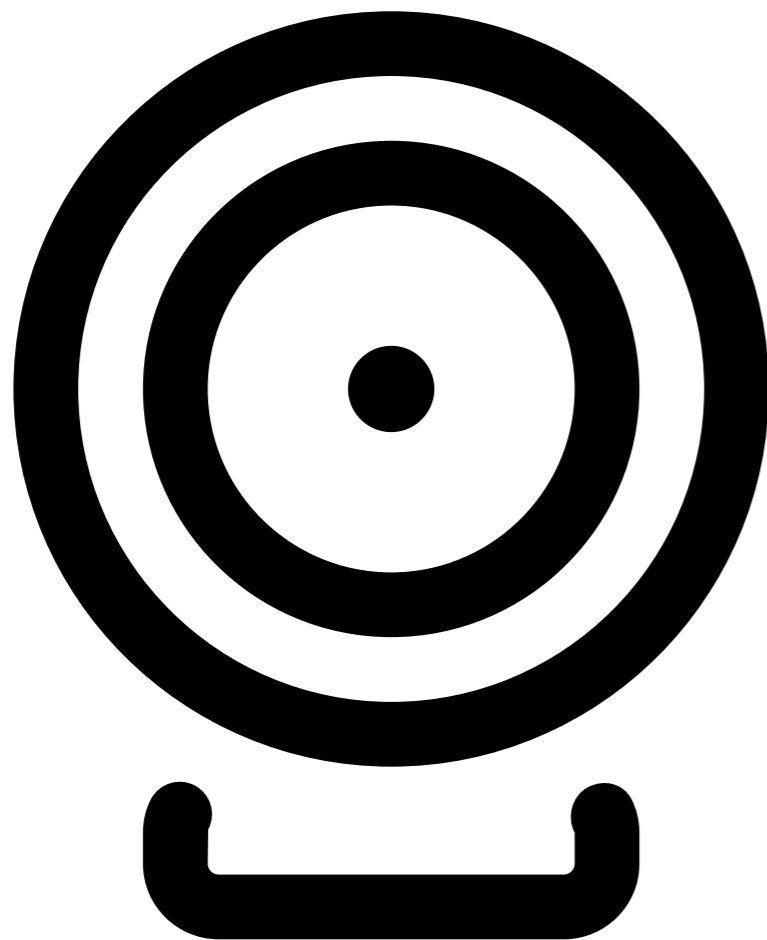
THEMA DER AUSGABE

„Hab Mut! –  
Steh auf!“

Wie Kriege  
Europas Ordnung  
verschieben



### 3. INTERNATIONALER ONLINE-ABEND



#### Theological ethics of peace and conflict and the role of the Holy See with regard to changes in the international community and the universal Church

28. April 2026, 19.00 bis 20.00 Uhr

Referent ist Msgr. Dr. Marco Schrage, Professore invitato an der Accademia Alfonsiana. Er arbeitet im Staatssekretariat des Heiligen Stuhls in der deutschsprachigen Abteilung und gilt als Experte für Moraltheologie und Friedensethik.

Sprache: Englisch

Ein Angebot von:



Bild: Shutterstock

Liebe Kameradinnen und Kameraden,  
liebe Leserinnen und Leser,

„Hab Mut! – Steh auf!“ – so lautet das Jahresthema der Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Jahr 2026. Wir haben es dem Motto des diesjährigen Katholikentags in Würzburg entliehen.

Mut und Aufstehen sind keine abstrakten Begriffe. Sie begegnen uns gerade im soldatischen Alltag. In einer Zeit wachsender Unsicherheit, anhaltender Konflikte und schwindender Gewissheiten gewinnen sie besondere Bedeutung.

Die sicherheitspolitische Lage hat sich spürbar verändert. Machtpolitik und geopolitische Interessen prägen das Handeln von Staaten, internationale Regeln werden infrage gestellt, demokratische Gesellschaften geraten unter Druck. Damit wächst auch die Unsicherheit darüber, was als verlässliche Grundlage politischen und moralischen Handelns gelten kann.

Für Soldatinnen und Soldaten sind diese Entwicklungen keine bloßen Schlagzeilen. Sie betreffen unmittelbar unseren Auftrag, unser Selbstverständnis und unseren Dienst.

Mut heißt nicht, keine Angst zu haben. Mut heißt, trotz Unsicherheit handlungsfähig zu bleiben, Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungen zu treffen und für andere einzustehen. Im soldatischen Alltag bedeutet das, Haltung zu zeigen – im Großen wie im Kleinen.

„Steh auf!“ heißt: gegen Ungerechtigkeit, gegen Unwahrheit und gegen falsche Propheten. Es heißt, die eigene Stimme zu erheben, wenn andere keine haben, Verantwortung zu tragen und auch dann nicht auszuweichen, wenn Haltung unbequem wird.

Aufstehen hat aber noch eine zweite Dimension: wieder aufzustehen. Nach Niederlagen,



Foto: Ulrich Schäffer

Oberstleutnant Ulrich Schäffer  
Bundesvorsitzender der GKS

nach Enttäuschungen, in Momenten, in denen das, wofür man eingetreten ist, zu scheitern droht. Weiterzumachen, weil es notwendig ist und richtig bleibt.

Aufstehen ist das „In-die-Tat-bringen“ des Mutes. Beides gehört zusammen, ist ohne das andere nicht denkbar.

Unser Magazin AUFTRAG begleitet das Jahresthema „Hab Mut! – Steh auf!“ im Laufe dieses Jahres aus unterschiedlichen Perspektiven. In diesem Heft richten wir den Blick auf die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit: auf den anhaltenden Krieg in der Ukraine, die Entwicklungen rund um den Iran und die sicherheitspolitischen Fragen Europas. Diese Themen zeigen, wie eng die globalen Herausforderungen unserer Zeit miteinander verbunden sind.

„Hab Mut! – Steh auf!“ ist mehr als ein Jahresthema. Es ist eine Einladung, Haltung zu zeigen, Verantwortung zu übernehmen und sich nicht wegzuducken.

Ihr Oberstleutnant Ulrich Schäffer  
Bundesvorsitzender der Gemeinschaft  
Katholischer Soldaten (GKS)



# Themen der Ausgabe

– und warum wir sie gewählt haben:

## 01 Europas Sicherheitsordnung im Stresstest

Der Krieg in der Ukraine verändert die europäische Sicherheitsordnung grundlegend. Staaten der NATO-Ostflanke rüsten auf, Bündnisse werden neu justiert und Europa muss lernen, Verantwortung für seine eigene Sicherheit zu übernehmen.

### Warum dieses Thema jetzt wichtig ist:

Europa befindet sich in einer Übergangsphase. Die alte Friedensordnung nach dem Kalten Krieg ist verschwunden, während eine neue Sicherheitsarchitektur erst entsteht.

## 02 Vergesst uns nicht!

Iran, die Straße von Hormus, der Nahe Osten – täglich hören wir in den Nachrichten über die Kriegseignisse dort. Der Krieg in der Ukraine findet in der deutschen Öffentlichkeit fast nicht mehr statt, höchstens in Repliken auf das Verhalten von Politikern.

### Warum dieses Thema jetzt wichtig ist:

„Vergesst uns nicht!“ – in diesem Satz schwingt die Verzweiflung und die Hoffnung vieler Ukrainerinnen und Ukrainer mit. Sie wissen, dass sie ohne die Unterstützung des Westens, unsere Unterstützung, gegen die Angriffe Putins keine Chance haben. Aber sind wir uns dessen bewusst? Gehen wir angemessen mit dieser Gewissheit um?



## 03 Stromausfall in Berlin: Was der Blackout sichtbar macht

Wenn in Berlin tagelang das Licht ausgeht, geht es nicht nur um einen Stromausfall. Der Fall zeigt, wie schnell aus einer technischen Störung eine Sicherheits-, Vertrauens- und Demokratiekrise werden kann. Der Beitrag fragt, was Deutschland endlich lernen muss, wenn Kritische Infrastruktur im Ernstfall nicht nur geschützt, sondern auch belastbar bleiben soll.

### Warum dieses Thema jetzt wichtig ist:

Wir greifen dieses Thema auf, weil der Stromausfall in Berlin ein Warnsignal war: für unzureichend geschützte Infrastruktur, schwache Krisenreaktion und fehlende Resilienz. Der Vorfall macht sichtbar, dass technische Störungen heute sehr schnell politische und gesellschaftliche Folgen haben.



INHALT



# 40

## Mutig für ein starkes Europa

Vom Ruf nach Europas „Seele“ zur Frage nach seiner Wehrhaftigkeit: Manfred Weber beschreibt, wie europäische Solidarität konkret wird – von Litauen bis zur Debatte um gemeinsame Verteidigungsprojekte.

# 45

## Wie verbindlich sind die Sicherheitsgarantien der USA für die Ukraine?

Die Pariser Deklaration soll den Weg zu einem Waffenstillstand absichern und Europas Rolle danach definieren. Doch entscheidend ist, ob und wie die USA die europäischen Kräfte politisch und militärisch absichern.



### Blitzlichter GKS

- 08 **Overbeck warnt:** Militärseelsorge darf nicht kaputtgespart werden
- 10 **Veranstaltung:** Internationale Online-Abende in Kooperation mit AMI und GKS
- 11 **Zum Nachlesen:** Schießen und Beten? Oberstleutnant Konz über Glauben im Einsatz
- 12 **Gottesdienst:** Weltfriedenstag: Internationaler Soldatengottesdienst eröffnet Friedensgebete in Köln
- 13 **Leserbrief:** zur Berichterstattung zur Wehrpflichtdebatte im Auftrag Nr. 321
- 14 **Bundeskonzferenz der GKS**  
Innere Führung – ein Herzensanliegen

### Themen

- 22 **Ukraine:** Lasst uns nicht allein
- 28 **Stimmen aus der Ukraine:** Wenn die Heizung ausfällt, ist Krieg
- 30 **Die Konsequenzen** des Ukrainekriegs und was er in Deutschland sichtbar macht
- 50 **Bedingt resilient:** Was der Berliner Blackout Anfang 2026 für die deutsche Krisenvorsorge bedeutet

### Weitere Rubriken

- 03 Editorial
- 56 Medien/Buchempfehlung
- 58 Nachruf
- 59 Impressum



# 34

## Europa als Friedensprojekt

Erstmalig wenden sich die Vorsitzenden der Französischen, Italienischen, Polnischen und Deutschen Bischofskonferenz im Februar 2026 mit einem Appell an die Öffentlichkeit.



# 18

## Das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen

Dieser Beitrag ist kein Erklärstück zur Inneren Führung, sondern ein persönliches Plädoyer für sie. Nur durch eine täglich gelebte Innere Führung können wir den Auftrag gemäß Artikel 87a Grundgesetz erfolgreich erfüllen.

Overbeck warnt:

# Für Soldaten und Familie

## Militärseelsorge darf nicht kaputtgespart werden

Text und Foto: GKS

Der katholische Militärbischof Franz-Josef Overbeck warnt vor Kürzungen oder gar einer Abschaffung der Militärseelsorge. Ein solcher Schritt würde bei Soldatinnen und Soldaten auf deutlichen Widerstand stoßen, sagte der Essener Bischof. Nach seinen Angaben nehmen über 90 Prozent der Soldatinnen und Soldaten Gespräche und Angebote der Militärseelsorge in Anspruch – obwohl nur rund 50 Prozent getauft seien. Zuvor hatten Politikerinnen und Politiker von links und rechts außen Kürzungen bis hin zur Abschaffung gefordert.

Mit dem Krieg in der Ukraine komme eine neue Gefahrenwelt auf Deutschland zu, betonte Overbeck. Die wachsenden Sorgen, in einen Krieg involviert zu werden, müssten eng begleitet werden – nicht nur bei den Soldatinnen und Soldaten, sondern auch bei ihren Familien.

Auf die Frage nach mehr Militärseelsorgern sagte Overbeck, seelsorgliche Begleitung sei in Konfliktsituationen dringend nötig – zu Hause ebenso wie an möglichen Einsatzorten. Vorbereitungen liefen bereits, zugleich müsse angesichts der begrenzten Zahl an Priester- und Pastoralstellen in der Kirche eine Priorisierung der Aufgaben erfolgen.



Gemeinsam im Einsatz: katholischer (l.) und evangelischer (r.) Militärpfarrer begleiten Soldaten im ISAF-Kontingent.  
Foto: WIKIPEDIA/ CC BY 2.0

Eine aktuelle Studie stützt Overbecks Einschätzung: 91 Prozent befürworten Militärseelsorge im Alltag, 95 Prozent im Einsatz.

### Zum taz Kommentar

In der taz erschien am 8. Februar 2026 der Kommentar „Die Kirche in der Bundeswehr – Zeit, Schluss zu machen“ von Ralf Nestmeyer, der die Militärseelsorge als überholt und unnötig kritisiert. Darauf antwortete der GKS-Bundesvorsitzende Ulrich Schäffer in einem Leserbrief, der jedoch nicht veröffentlicht wurde: Er widerspricht der Darstellung entschieden und betont, dass Militärseelsorge für viele Soldatinnen und Soldaten kein Instrument der Missionierung, sondern ein unverzichtbarer ethischer und seelsorglicher Schutzraum im Berufsalltag und besonders im Einsatz ist.

## Veranstaltung

## Internationale Online-Abende in Kooperation mit AMI und GKS

Text und Foto: GKS

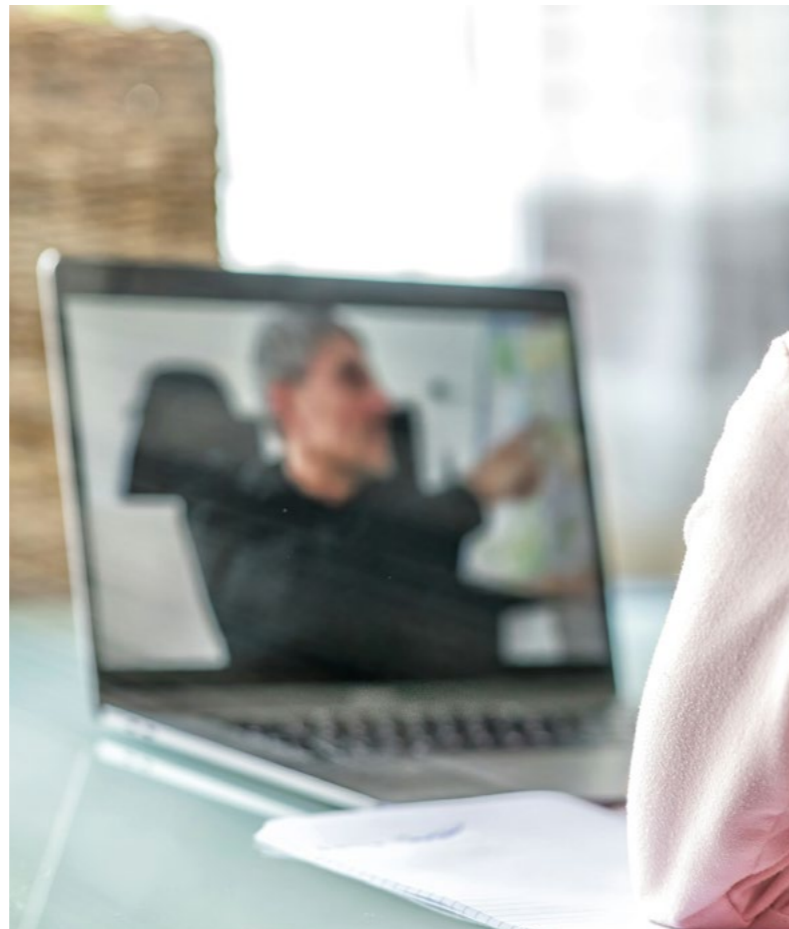
Das Apostolat Militaire International (AMI) veranstaltet mit Unterstützung der GKS seit diesem Jahr im Frühjahr und Winter Online-Abend in englischer Sprache zu aktuellen friedensethischen und sicherheitspolitischen Themenstellungen.

Die erste Veranstaltung fand Ende Dezember zum Thema: „The Christian Ethics of Using Lethal Autonomous Weapons“ statt.

Mit Brigadier General (Ret.) Father Patrick DOLAN, US Army und ehemaliger Geistlicher Assistent des AMI, Lieutenant Colonel Danny HEERLEIN, Project Officer C-IED, European Defence Agency (EDA), Brussels und Colonel (Ret.) Dr. William H. LIETZAU, US Army, Experte für internationale Kriegsrecht und Kriegsvölkerrecht, konnten Referenten gewonnen werden, die unter sehr unterschiedlichen Aspekten ihr Wissen und ihre Erfahrung in die Diskussion einbrachten.

38 Teilnehmende aus 9 Nationen, darunter sogar ein Teilnehmer von den Philippinen, diskutierten intensiv miteinander. Spannend war gerade die internationale Mischung der Teilnehmenden, da sich hieraus z. T. sehr unterschiedliche Sichtweisen auf die Fragestellung ergaben und es so zu sehr lebendigen Diskussionen kam.

Diese positive Erfahrung hat das deutsch-österreichische Organisationsteam beflügelt, noch zwei weitere Online-Abende in diesem Frühjahr anzubieten.



Am 11. März wird uns Dr. William H. LIETZAU noch einmal als Gesprächspartner zur Verfügung stehen, um die Frage der moralischen Implikationen bei der Nutzung automatisierter Waffen noch einmal näher und an konkreten Fallbeispielen mit uns zu betrachten.

Am 28. April 2026 wird Msgr. Dr. Marco SCHRÄGE, prof. invit. Rom, unter dem Titel „Theological ethics of peace and conflict and the role of the Holy See with regard to changes in the international community and the universal Church“ das Thema weiten und mit uns einen ersten Blick auf die Christliche Friedensethik und ihre praktische Anwendung in den Krisen der heutigen Zeit werfen.

Weitere Online-Abende sind geplant. Informationen finden Sie auf unserer Website:

<https://www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de/>

## Zum Nachlesen

## Schießen und Beten? Oberstleutnant Konz über Glauben im Einsatz



Bild: NATO/JWC

Im DOMRADIO.DE-Interview spricht Oberstleutnant Stephan Konz (GKS) über Auslandseinsätze, Bedrohungslagen und die Frage, ob Schießen und Beten zusammengehen. Er betont die Rolle der Militärseelsorge als Orientierung und Schutzraum und grenzt klar ab: Die Kirche segne nicht Waffen, sondern Menschen.

Mehr im Interview unter dem QR-Code

## Gottesdienst

## Weltfriedenstag: Internationaler Soldatengottesdienst eröffnet Friedensgebete in Köln

Traditionell eröffnet der Internationale Soldatengottesdienst in Köln die Weltfriedenstagsgottesdienste in Deutschland – so auch 2026. Am 22.01.2026 feierte Kardinal Rainer Maria Woelki mit Hunderten Soldatinnen und Soldaten verschiedener Nationen sowie Angehörigen der Bundespolizei ein Pontifikalamt im Kölner Dom. Woelki betonte: **Frieden brauche Dialog, Verlässlichkeit und die Bindung an Völkerrecht – für Christen auch das Gebet.**

Beim anschließenden Empfang im Maternushaus stellte sich der designierte Militärgeneralvikar Artur Wagner vor. GKS-Vorsitzender **Oberstleutnant Ulrich Schäffer** griff die Friedensbotschaft von Papst Leo XIV. auf und **forderte, mutig, unverdrossen und mit langem Atem für einen „unbewaffneten Frieden“ einzutreten, indem man nicht zuerst mit Misstrauen reagiert und jeden Menschen als potentielle Bedrohung sieht, sondern das Gegenüber auch unter schwierigen Bedingungen achtet.**



### Personalwechsel

#### GKS-Delegation im ZdK neu besetzt

Oberst a. D. Rüdiger Attermeyer übergibt nach zwölf Jahren die Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)-Vertretung der GKS an Oberstleutnant Ulrich Schäffer.

Text und Foto: GKS



Stabwechsel in der ZdK-Vertretung der GKS: Rüdiger Attermeyer (l.) und Ulrich Schäffer (r.)

Die GKS ist seit vielen Jahren mit einem Delegierten in der Vollversammlung des ZdK vertreten. Nach zwölf Jahren übergibt der Ehrenbundesvorsitzende Oberst a. D. Rüdiger Attermeyer das Amt an den Bundesvorsitzenden Oberstleutnant Ulrich Schäffer (seit Februar). Die GKS dankt Rüdiger Attermeyer für sein langjähriges Engagement und wünscht Ulrich Schäffer für die neue Aufgabe eine glückliche Hand und Gottes Segen.

QR-Code zur ZdK-Website:



### Veranstaltung

#### Gemeinsam erinnern – Verantwortung übernehmen

Text und Foto: GKS

Am 27. Januar 2026, dem **Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus**, gedachte die Sanitätsakademie der Bundeswehr in einer Gedenkstunde der Opfer von Gewalt, Unrecht und Menschenrechtsverletzungen. Im Mittelpunkt stand die Erinnerung an Verbrechen, die in Lagern des KZ Dachau auf dem Gelände der Ernst-von-Bergmann-Kaserne begangen wurden.



Nach der Gedenkstunde im Auditorium Maximum „Hans Scholl“ wurde eine Gedenkstelle eingeweiht, die von der Pionierschule Ingolstadt gefertigt und gestiftet wurde. Anschließend legten der Kommandeur der Sanitätsakademie und die GKS Kränze nieder; eine Schweigeminute und das gemeinsame Gebet der GKS schlossen die Zeremonie ab.

**Die Veranstaltung stand für gemeinsames Erinnern, Besinnung und Verantwortung und für die Haltung, dass Frieden und ein respektvolles Miteinander alle angehen, unabhängig von Herkunft, Sprache, Religion oder Überzeugung. Erinnern heißt handeln gegen das Vergessen – eine Aufgabe, die wir alle tragen.**

### LESERBRIEF

#### zur veröffentlichten „Position Pax Christi“ im Auftrag Nr. 321

„Wir sagen nein zu allen Kriegen!“ – das wird auch jeder Soldat unterschreiben. Soldaten sind von Krieg zuerst betroffen, mit Leib und Leben. Deshalb liegt es in ihrem Interesse, Konflikte diplomatisch zu lösen.

Aufrüstung kann Rüstungsspiralen befördern. Doch was, wenn ein Aggressor massiv aufrüstet, Nachbarn bedroht und politischen Druck ausübt? Ist es dann verantwortlich, die Hände in den Schoß zu legen? Der Staat schuldet seiner Bevölkerung Schutz. In der Geschichte hat sich gezeigt: Der eigene Bürger ist der geborene Verteidiger seines Landes (Scharnhorst).

Krieg bedeutet Töten – eine harte Wahrheit. Betroffen ist nicht nur das Militär, sondern auch die Zivilbevölkerung. Der

Soldat handelt im Rahmen individueller Notwehr und kollektiver Selbstverteidigung des Staates. Dabei kann es erforderlich sein, gegnerische Soldaten verhältnismäßig kampfunfähig zu machen und im Extremfall zu töten. Das ist nicht „Mord“ im strafrechtlichen Sinn. Strafbar ist hingegen das vorsätzliche Töten kampfunfähiger Gegner, etwa von Gefangenen. Das wird geahndet und ist Teil der Ausbildung.

Darum ist die Behauptung, es sei „Pflicht eines Soldaten“, auf Befehl Menschen „auch außerhalb von Notwehr“ zu töten, falsch und ehrabschneidend. Ein solcher Befehl ist nach deutschem Wehrrecht strafbar – für Befehlsggeber und -empfänger.

Wehrpflicht greift in Freiheit ein, kann aber legitim sein: Ohne Schutz nach

außen sind Freiheiten und Sozialstaat gefährdet. Im Ernstfall reicht eine Berufsarmee nicht; Streitkräfte müssen aufwuchsfähig sein – dafür braucht es grundausgebildete Reservisten. Wer den Dienst an der Waffe nicht mit dem Gewissen vereinbaren kann, hat ein Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

Aus christlicher Sicht gehört Barmherzigkeit dazu, Schutzbefohlene nicht der Gewalt preiszugeben. Gewaltlosigkeit darf nicht bedeuten, Menschen ihrem Schicksal zu überlassen.

Oberstleutnant a. D.  
Thomas Singer

Bundeskonferenz der GKS

# Innere Führung – ein Herzensanliegen der GKS

Text und Foto: Redaktion der GKS

Die Bundeskonferenz der GKS – das höchste Gremium der Gemeinschaft – fand in diesem Jahr im Januar im Kloster Schmerlenbach statt. Da weder Wahlen anstanden noch innerverbandliche Organisationsthemen zu beraten waren, hatten die 49 Delegierten viel Zeit für inhaltliche Arbeit. Das war ein großes Geschenk: So konnte der Bundesvorstand das Thema Innere Führung in den Mittelpunkt der Tagung stellen.

## Starke Expertise – lebendige Debatte

Mit Oberstleutnant a. D. Wilke und Oberstleutnant Marcel Bohnert konnten profunde Kenner der Inneren Führung in Theorie und Praxis als Referenten gewonnen werden. Zugleich verfügt die GKS mit Oberstleutnant Martin Rose und



den Mitgliedern des Sachausschusses Innere Führung über eigenes Spezialwissen, und nicht zuletzt sind alle anwesenden Delegierten als Anwenderinnen und Anwender mit dem Führungsinstrument aus der Praxis vertraut. Entsprechend spannend, kenntnisreich und an der ein oder anderen Stelle kontrovers wurde die Diskussion geführt.

## Leitbild der Bundeswehr – unter zunehmendem Druck

Die Innere Führung ist seit der Gründung der Bundeswehr 1955 ihr zentrales Führungsinstrument. Sie verbindet militärische Pflichterfüllung mit den Werten des Grundgesetzes, die auf dem christlichen Menschenbild beruhen, sowie mit dem Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“. Ziel ist es, soldatisches Handeln fest an die unveräußerliche Würde des Menschen zu binden und in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verankern.

In den vergangenen Jahren haben jedoch verschiedene Vorfälle Zweifel daran geweckt, ob dieses Leitbild überall konsequent gelebt wird. Vor dem Hintergrund aktueller sicherheitspolitischer Herausforderungen und wachsender Anforderungen an die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte gerät die

Innere Führung zunehmend unter Druck – innerhalb der Bundeswehr ebenso wie in gesellschaftlichen und politischen Debatten. Das Wissen über die Innere Führung und das Interesse ihr nimmt ab. Verstärkt wird die Frage gestellt, ob sie ein geeignetes Führungsprinzip ist oder ob man nicht eher „Krieger“ brauche, um in den aktuellen Herausforderungen zu bestehen.

## Auftrag der Bundeskonferenz: klare Unterstützung und Arbeitsschwerpunkt 2026

Nach intensiver Diskussion beauftragte die Bundeskonferenz den Bundesvorstand, eine Erklärung zur Unterstützung der Inneren Führung abzugeben. Diesem Auftrag kam der Bundesvorstand nach. Darüber hinaus hat die Bundeskonferenz dem gesamten Verband die Aufgabe gegeben, sich im Jahr 2026 intensiv mit der Inneren Führung auseinanderzusetzen.

Auf der nächsten Seite folgt die Erklärung der GKS zur Inneren Führung. [----->](#)

# Wer Menschenwürde verteidigt, muss Menschen würdig behandeln

Die GKS verteidigt die Innere Führung als moralisches Betriebssystem der Bundeswehr und warnt, dass „Kriegstüchtigkeit“ ohne Wertebindung zur Lizenz für Entgleisungen wird.

**Text: Im Auftrag der Bundeskonferenz der GKS der Bundesvorstand der GKS**

Nach dem völligen militärischen und moralischen Zusammenbruch der Deutschen Wehrmacht haben sich die neu aufgestellten deutschen Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland eine dem Wertekanon des Grundgesetzes verpflichtende Führungs- und Organisationskultur gegeben. Trotz wiederkehrender Kritik hat sich die Innere Führung besonders in der Landes- und Bundesverteidigung sowie im Internationalen Krisenmanagement bewährt. Seit ihrer Gründung begleitet die Gemeinschaft Katholischer Soldaten die Umsetzung und Weiterentwicklung der Inneren Führung. Diese Begleitung ist keine beliebige und selbst gewählte Aufgabe, sondern grundgelegt im christlichen Glauben und der damit verbundenen Verantwortung, den kirchlichen Dokumenten sowie im soldatischen Eid.

Seit der erneuten Fokussierung der Bundeswehr auf die Landes- und Bündnisverteidigung stellen wir eine zunehmende Kritik an der Inneren Führung fest. Diese Kritik wird in Wort und Schrift über alle Ebenen hinweg befeuert. Zugleich nimmt die Anzahl der in der Öffentlichkeit wahrnehmbaren Verstöße gegen die Inneren Führung zu. Die aktuellen Vorgänge in der Fallschirmjägertruppe sind hierfür ein schmerzlicher Beleg. Darüber hinaus sprechen Experten von einer aktuell zahlenmäßig nicht darstellbaren Dunkelziffer an Vorfällen.

Als Gemeinschaft Katholischer Soldaten fordern wir von der politischen und militärischen Führung eine transparente und lückenlose Auf-

klärung. Die Defizite im soldatischen Selbstverständnis, in der Führung von Soldatinnen und Soldaten sowie im Verständnis von Kriegstüchtigkeit fordern jetzt ein rasches und entschlossenes Handeln. Jeder neue Verstoß schwächt durch die Erosion von Vertrauen die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land verlassen. Politische, historische, interkulturelle und besonders ethische Bildung darf nicht mehr vorrangig als Streichpotenzial in der Ausbildung betrachtet werden. Auch dem Lebenskundlichen Unterricht der Militärseelsorge muss zur Ausbildung der moralischen Urteilsfähigkeit der notwendige Platz eingeräumt werden.

Die gesellschaftlichen und politischen Akteure werden gebeten, die Streitkräfte auf diesem Weg zu unterstützen. Das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform ist keine Einbahnstraße.

Als Gemeinschaft Katholischer Soldaten werden wir mit all unseren Möglichkeiten die Stärkung und Weiterentwicklung der Inneren Führung besonders in den Blick nehmen. Wir laden hierzu alle gesellschaftlichen, politischen und militärischen Verantwortlichen ein, mit uns in einen Diskurs um die stets beste Lösung zu gehen.

## WORUM ES HIER GEHT

Mehr Verstöße, mehr Misstrauen, mehr Druck auf das Leitbild „Staatsbürger in Uniform“. **Die Forderung:** Aufklärung statt Wegsehen, Ethik statt Kürzung.

Bild: Shutterstock



**Kameradschaft unter Last: Wer führt,  
trägt Verantwortung.**

## Plädoyer für die Innere Führung

# Das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen

Text: Martin Rose

**Gleich zu Beginn eine Klarstellung: Dieser Beitrag ist kein weiteres Erklärstück zur Inneren Führung, sondern ein persönliches Plädoyer für sie. Nach über 40 Jahren Dienstzeit in der Bundeswehr bin ich heute mehr denn je überzeugt, dass wir nur durch eine täglich gelebte Innere Führung unseren Auftrag gemäß Artikel 87a Grundgesetz erfolgreich erfüllen können. Mir ist bewusst, dass meine Perspektiven und Bewertungen Widerspruch hervorrufen. Ich bitte sogar darum, denn nur durch einen sachlichen Diskurs gelingt es uns, die Innere Führung für aktuelle und künftige Herausforderungen weiterzuentwickeln.**

Das Jahr 2023 ist zu einem Katalysator der Diskussion um die Innere Führung geworden. Seit der Aufstellung der Bundeswehr wurde unsere Führungskultur in unterschiedlicher Ausprägung immer wieder hinterfragt. Die derzeitigen komplexen militärischen und gesellschaftlichen Herausforderungen haben eine facettenreiche Kritik an der Inneren Führung hervorgebracht, wie sie zuvor nicht gekannt war.

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung taucht 2023 mehrfach der Begriff „Kriegstüchtigkeit“ auf, der im Kapitel V sogar den Rang einer Handlungsmaxime erhält. Zahlreiche Fachleute aus Militär und Zivilgesellschaft beugten sich über diesen scheinbar neuen Begriff, um daraus die notwendigen Maßnahmen für eine erfolgreiche Landes- und Bündnisverteidigung abzuleiten. Bald wurden Stimmen laut, die einen Gegensatz zwischen Kriegstüchtigkeit und Innerer Führung sahen.

Ist das Leitbild der Staatsbürgerin oder des Staatsbürgers in Uniform damit obsolet? Verhindert die

Innere Führung, dass die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ihre Grundpflicht – „Der Soldat hat die Pflicht, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ – im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung erfolgreich erfüllen können?

Meine Antwort auf diese Fragen ist eindeutig: Die zunehmend komplexeren Herausforderungen erfordern eine Führungs- und Organisationskultur, welche die selbstständige Persönlichkeit der Staatsbürgerin bzw. des Staatsbürgers in Uniform durch Führung, Erziehung und Ausbildung in die erfolgreiche Auftragserfüllung einbindet – und das gelingt nur mit dem Konzept der Inneren Führung. Um dies zu verdeutlichen, gehe ich im Folgenden auf zentrale Begriffe der aktuellen Diskussion ein.

## Kriegstüchtigkeit

Der Begriff ist keine Erfindung des Jahres 2023. Bereits 1954 schrieb einer der Väter der Inneren Führung, Wolf Graf von Baudissin: „Der Soldat kann seine Aufgabe nur noch darin erblicken, durch ein Höchstmaß an Kriegstüchtigkeit dem Politiker wesentliche Voraussetzungen für sein Bemühen zu geben, die geistigen und politischen Auseinandersetzungen nicht in die Unabsehbarkeit des heißen Krieges ausufern zu lassen.“

Diesen Gedanken greift das Handbuch Innere Führung von 1957 in folgender Formulierung auf: „So steht zunächst als soldatische Aufgabe im Vordergrund, durch ein Höchstmaß an abwehrbereiter Kriegstüchtigkeit Schutz in der latenten Bedrohung zu geben. Das bloße Vorhandensein brauchbarer Soldaten hilft dem Politiker, die innere Ordnung ungestört wachsen und sich festigen zu lassen und die äußeren Spannungen mit nicht-kriegerischen Mitteln auszutragen.“ →

Bild: Shutterstock



→ Die Väter der Inneren Führung waren kriegserfahrene Soldaten, welche die militärische und moralische Niederlage der Wehrmacht unmittelbar erlebt hatten. Die daraus entwickelte neue Führungskultur schrieb Kriegstüchtigkeit ausdrücklich als Ziel von Führung, Erziehung und Ausbildung fest. Sie steht somit nicht im Widerspruch zur Inneren Führung, sondern ist seit 70 Jahren ihr Bestandteil. Der Begriff wurde später – nachvollziehbar angesichts der Auslandseinsätze – durch Einsatzbereitschaft ersetzt. Mit der Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung ist die Verwendung von Kriegstüchtigkeit wieder gerechtfertigt. Im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung sollte jedoch künftig der Begriff „Verteidigungsbereitschaft“ im Vordergrund stehen, der den Bezug zu Artikel 87a Abs. 1 GG wahrt.

#### **Leitbild der Staatsbürgerin bzw. des Staatsbürgers in Uniform**

Dieses Leitbild ist eng mit dem Menschenbild des Grundgesetzes verbunden. Besonders die ersten drei Artikel prägen das Bild der mündigen, freien Persönlichkeit. In der aktuellen Diskussion nehme ich jedoch wahr, dass Mündigkeit und Eigenverantwortung zunehmend infrage gestellt werden. Ein missverständlicher Elitenbegriff suggeriert Abstufungen in der Mündigkeit; Ansätze etwa im Bereich des „Human Enhancement“ drohen, Soldatinnen und Soldaten zum bloßen Objekt zu machen.

Ich bin überzeugt, dass gerade die Wahrnehmung der Soldatinnen und Soldaten als eigenständige Persönlichkeiten der Bundeswehr den entscheidenden Vorteil in der Auftragsbefüllung verschafft: das überzeugte Eintreten für die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den mitdenkenden Gehorsam im Dienst.

„Soldatinnen und Soldaten müssen stets in der Lage sein, selbstverantwortlich zu leben und zu handeln und Verantwortung für andere zu übernehmen.“

Erst auf dieser Basis können mitdenkender, gewissenhaft geleiteter Gehorsam, Kameradschaft und Auftragstaktik ihre volle Wirkung entfalten. Die



**NUR MIT DER INNEREN  
FÜHRUNG GELINGT ES, DIE  
SELBSTSTÄNDIGE PERSÖNLICHKEIT  
DES STAATSBÜRGERS IN  
UNIFORM IN DIE ERFOLGREICHE  
AUFTRAGSERFÜLLUNG EINZUBINDEN**

Umsetzung dieses Idealbildes erfordert von Vorgesetzten erhebliche Anstrengung, bietet aber den Vorteil, auch in unklaren Lagen, bei komplexen Herausforderungen oder bei Ausfall von Führung handlungsfähig zu bleiben. Die Innere Führung verlangt daher besonders vom Führungspersonal eine an diesem Menschenbild orientierte Führung, Erziehung und eine am Auftrag ausgerichtete anspruchsvolle Ausbildung.

#### **Gestaltungsfeld „Vereinbarkeit Familie und Dienst“**

Unter der Überschrift „Marschbefehl Vergangenheit“ möchte ich jene Stimmen beschreiben, welche die Vereinbarkeit von Familie und Dienst infrage stellen. Häufig wird argumentiert, die notwendige Familienarbeit sei mit den Anforderungen der Landes- und Bündnisverteidigung unvereinbar; Personal müsse rund um die Uhr verfügbar sein. Hinter solchen Argumenten verbergen sich oft Rollenbilder, die unsere Gesellschaft in den 1960er-Jahren prägten. Die gesellschaftliche Realität ist heute eine andere.

Vor dem Hintergrund einer personell durchhaltetüchtigen Verteidigungsbereitschaft können wir es uns nicht leisten, ganze Bevölkerungsgruppen von einem Dienst in den Streitkräften auszuschließen. Die Innere Führung setzt hier auf flexible und kreative Lösungen. Vorgesetzte sind gefordert, ihre Handlungsspielräume auszuschöpfen, ohne die Auftragsbefüllung aus dem Blick zu verlieren. Wenn das Leitbild der Staatsbürgerin bzw. des Staatsbürgers in Uniform in Politik und Gesellschaft ernst genommen wird, muss auch die Gesellschaft ihren Beitrag leisten, um die Vereinbarkeit von Familie und Dienst sicherzustellen. Wer bereit ist, das Recht und die Freiheit Deutschlands tapfer zu verteidigen, darf erwarten, dass Betreuung und Pflege gesellschaftlich gewährleistet werden.

#### **Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung**

Ein zentrales Gestaltungsfeld der Inneren Führung ist die politische Bildung. Auch als Bestandteil der Persönlichkeitsbildung hat sie nichts an Bedeutung verloren. Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr setzen sich wie kaum eine ande-

re Berufsgruppe im Dienst mit politischen Fragestellungen auseinander. Dazu gehören der Wertekanon des Grundgesetzes sowie die rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Politische Bildung ist kein Selbstzweck, sondern dient der Auftragsbefüllung. Das Wissen um Sinn und Notwendigkeit des eigenen Dienstes stärkt die Resilienz der Soldatinnen und Soldaten.

Das Erleben und Vermitteln der Grundwerte im täglichen Dienst hat – insbesondere in der aktuellen politischen Lage – einen wichtigen Nebeneffekt: Wer bereit ist, für Recht und Freiheit Gesundheit oder gar Leben einzusetzen, tritt auch im zivilen Umfeld für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. Damit leisten die Angehörigen der Bundeswehr einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt unserer liberalen, vielfältigen Gesellschaft. Politische und Persönlichkeitsbildung dürfen daher nicht zur Streichmasse bei engen Zeitvorgaben werden. Die negativen Schlagzeilen der vergangenen Monate sollten allen Verantwortlichen eine deutliche Warnung sein.

Ich hoffe, es ist deutlich geworden, warum gerade in der jetzigen Zeit die Innere Führung die Grundlage für die erfolgreiche Erfüllung unseres grundgesetzlichen Auftrags bildet. Damit dies gelingt, stehen die Vorgesetzten in besonderer Verantwortung: Durch das Vorleben der Inneren Führung schaffen sie Vertrauen und ermöglichen mitdenkenden Gehorsam. Nur umfassende Einsatzbereitschaft schafft glaubhafte Abschreckung und sichert damit unseren Frieden in Freiheit. ■

# LASST UNS NICHT ALLEIN

Der Krieg in der Ukraine wird meist in Frontverläufen, Waffenlieferungen und geopolitischen Interessen beschrieben. Dieser Bericht lenkt den Blick auf etwas anderes: auf die seelischen, geistlichen und menschlichen Folgen eines Krieges, der längst den Alltag eines ganzen Landes bestimmt. Der Besuch der AMI-Delegation zeigt, wie sehr Solidarität, Begleitung und internationale Aufmerksamkeit vor Ort als konkrete Stärkung erlebt werden und warum die Bitte „Lasst uns nicht allein“ weit über einen Appell hinausgeht.

# AMI-Präsi- dentschaft be- sucht Ukraine

**Tägliche Luftangriffe, minus 22 Grad, Gespräche mit Seelsorgern, Kadetten und Veteranen: Die AMI-Präsidenschaft fand Anfang Februar 2026 in der Ukraine statt. Was blieb, war ein Satz, der in fast jedem Termin wiederkehrte: „Bitte vergesst uns nicht.“**

Text und Fotos: Matthieu J. M. Borsboom, Vizeadmiral RNLN a. D.



**Kirchen bleiben in der Ukraine Orte der Hoffnung, der Seelsorge und des Beistands.**

Vom 31. Januar bis zum 6. Februar 2026 besuchten AMI-Präsident Vizeadmiral RNLN a. D. Matthieu Borsboom und sein erster Vize-Präsident, Captain RNLN a. D. Frank Marcus, mehrere militärische und kirchliche Behörden verschiedener Konfessionen in den Städten Kiew, Odessa und Lemberg.

## Ziele des Besuchs waren:

- die Solidarität der AMI mit der Ukraine angesichts ihrer Herausforderungen im andauernden Verteidigungskrieg gegen Russland zu bekunden
- dem Militär und seinen Familien Respekt für ihre Verluste und Entbehrungen zu zollen
- die Organisation, Vision und Aktivitäten der AMI zu erläutern und das weitere Prozedere bis zur Vollmitgliedschaft der Ukraine in der AMI zu erörtern
- das Projekt „Train the Trainer“ im Bereich PTBS und moralische Verletzungen zu evaluieren und die Fortsetzung dieses Programms im Jahr 2026 zu planen.

## Organisation und Begleitung vor Ort

Der Besuch wurde von der Bruderschaft (Brotherhood), welche die Ukraine als assoziiertes Mitglied vertritt, unter der Leitung ihres Präsidenten, Oberst a. D. Sergiy Lysenko, vorbereitet und durchgeführt. Er begleitete uns während des gesamten Arbeitsbesuchs, wofür wir ihm sehr dankbar sind.

## Sicherheitslage und Lebensbedingungen

Die Bedingungen waren aus Sicherheitsgründen schwierig, da es in allen besuchten Städten täglich zu russischen Luftangriffen kam. Diese ständigen, dem Kriegsvölkerrecht widersprechenden Angriffe auf zivile Ziele sowie kritische Energie- und Wasserinfrastrukturen führen zu schwierigsten



**An der Mauer des St.-Michaelskloster in Kiew gedachte die AMI-Delegation der gefallenen Soldatinnen und Soldaten sowie der getöteten Zivilistinnen und Zivilisten.**

Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung – bei Temperaturen von bis zu -22 °C.

Die Widerstandskraft und Durchhaltefähigkeit aller Ukrainerinnen und Ukrainer, ob Zivilisten oder Militärangehörige, hat uns gerade angesichts des nun schon vier Jahre dauernden Krieges und der Ungewissheit, wann all dies ein Ende haben wird, höchsten Respekt abverlangt.

Am Sonntag legten wir in Kiew an der Mauer des St.-Michaelsklosters Blumen zum Gedenken an die gefallenen Soldatinnen und Soldaten sowie die getöteten Zivilistinnen und Zivilisten nieder.

## Gespräche mit Kadetten, Studierenden und Militärseelsorge

Neben den Treffen auf strategischer Ebene führten wir auch Gespräche vor Ort mit Kadet-

ten (Marine), Studierenden (Militäruniversität), Seminaristen (griechisch-katholisch) und Militärseelsorgern aller christlichen Konfessionen, die für die ukrainischen Streitkräfte sowie die Nationalgarde tätig sind.

So besuchten wir die Nationalgarde in ihrem Hauptquartier in Kiew und im Regionalkommando West in Lemberg. Aus erster Hand erfuhren wir hier von der beeindruckenden Arbeit, die ihre Militärseelsorger in den Regionen und auch an der Front leisten.

Bei diesen Gesprächen ging es immer wieder auch um das Kriegsgeschehen und die schwierigen Entscheidungen, die dort täglich von den Soldatinnen und Soldaten getroffen werden müssen. Diese Entscheidungen stellen sie vor große moralische Fragen und hinterlassen häufig moralische Verletzungen, die noch lange nachwirken. →



Einblicke in die Einsatzrealität in der Ukraine



Öffentliche Orte des Gedenkens prägen in der Ukraine vielerorts das Stadtbild.

### Unterstützungsbedarf und Initiativen für Veteranen

Aus mehreren Gesprächen ging klar hervor, dass Militärseelsorger bei ihrer enormen Aufgabe Unterstützung benötigen. Es ist großartig zu sehen, dass Militärseelsorger über Konfessionsgrenzen hinweg eng zusammenarbeiten.

Auch die Unterstützung von Veteranen und ihren Familien erfordert Aufmerksamkeit und neue Wege. Hierfür haben wir in Odessa beim „Veteran Hub Odessa“ eine großartige Initiative kennengelernt. Wir wollen weiter in Kontakt bleiben und sehen, wie wir unterstützen können.

### „Train the Trainer“ 2026: Ausbau und Anpassung

Außerdem erhielten wir bei den Treffen in allen drei Städten sehr positives Feedback zum „Train-the-Trainer“-Programm zu PTBS und moralischen Verletzungen.

Es ist klar, dass die Militärseelsorger der Ukraine mittlerweile mehr Erfahrung auf dem Schlachtfeld haben als die zu Besuch kommenden Militärseelsorger und Psychologen; letztere bringen jedoch mehr Erfahrung mit den langfristigen Auswirkungen und einem möglichst guten Umgang mit den auslösenden Faktoren mit.

Für die Schulungen im Jahr 2026 wird der praktische Teil des Übungsprogramms weiter ausgebaut und das Programm auf weitere Schulungsorte erweitert, um so möglichst viele Menschen in der Fläche erreichen zu können.

### Kirchliche Anlaufpunkte und interkonfessioneller Austausch

Wichtige Anlaufpunkte unserer Reise waren auch der Besuch der römisch-katholischen Kathedrale St. Alexander in Kiew, wo wir den Weihbischof von Kiew und

Vorsitzenden der Caritas-Spes, Oleksander Jaslovetsky, trafen, sowie der Besuch der römisch-katholischen Kathedrale der Diözese Odessa-Simferopol. Dort wurden wir mit großer Gastfreundschaft empfangen und durften für unseren Aufenthalt in Odessa unsere Basis aufschlagen.

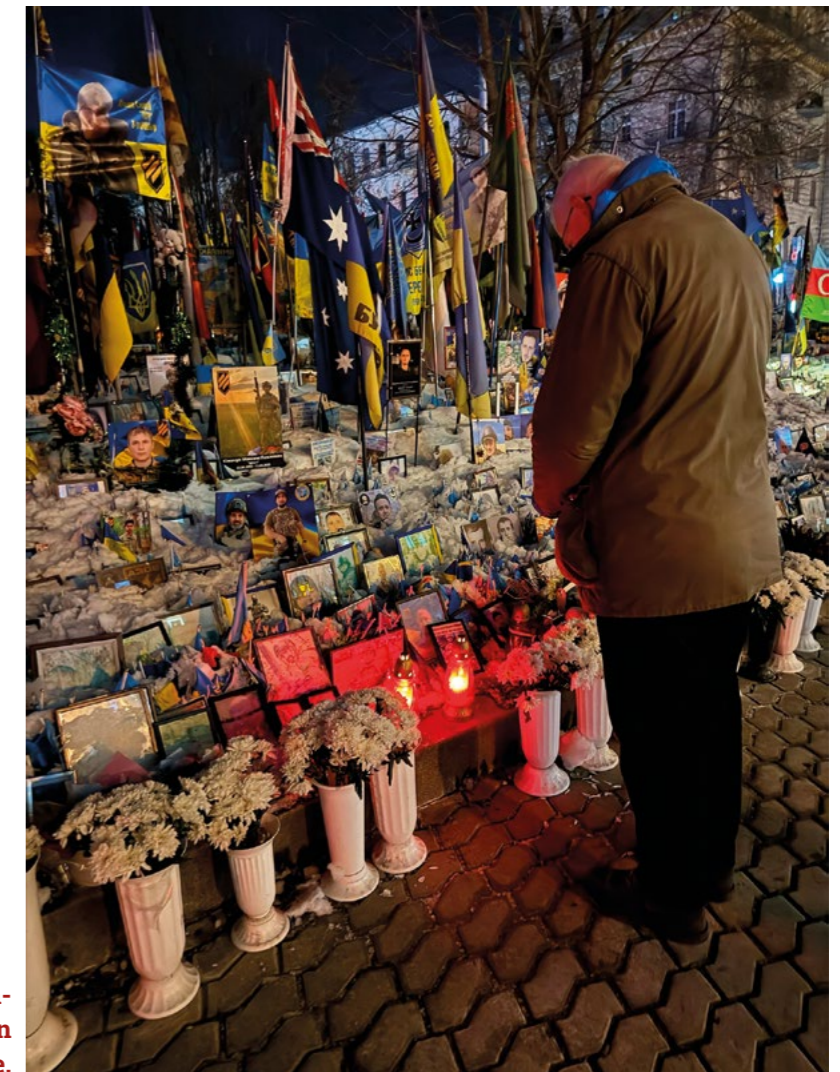
Auch interkonfessionell konnten wir viele Gespräche mit hochrangigen Kirchenführern führen. Thema war dabei immer, wie die Kirchen mit ihren Strukturen und ihren Menschen Soldatinnen und Soldaten an der Front, Verletzte und Traumatisierte sowie die leidende Bevölkerung unterstützen können.

### Auftrag und Verpflichtung: „Bitte vergesst uns nicht!“

Deutlich wurde in allen unseren Begegnungen und Gesprächen, wie nötig diese Unterstützung ist – aber auch, wie sehr allein schon das Interesse und die Solidarität, die mit einem solchen Besuch, mit einem Projekt wie dem „Train-the-Trainer“-Programm oder mit dem füreinander Beten gezeigt werden, als Stärkung in der Kriegssituation empfunden werden. Immer wieder wurde uns gesagt: Bitte vergesst uns nicht! Lasst uns nicht allein! Wir sehen dies als einen Auftrag und eine Verpflichtung. Gott segne die Ukraine und ihr Volk! ■



Blumen vor einem öffentlichen Gebäude erinnern an die Opfer des Krieges und machen Verlust und Trauer im Alltag sichtbar.



Ein stiller Moment des Gedenkens: Vor den Bildern der Toten hält ein Mann inne.



Bild: Shutterstock

**Oleg (58), Tatjana (49) und Maria (16), Region Saporischschja**

Vertreibung aus Enerhodar, eine neue Wohnung im Block, dann der Einschlag: Shahed/Geran-2. Fensterscheiben raus, zwei Etagen höher ein Vollbrand. Seitdem: kein Wasser, keine Heizung. Und trotzdem nehmen sie die Nachbarn von oben auf.

**Oleg:** „Es ist nicht das erste Mal, dass das ukrainische Volk schwere Zeiten durchmacht. Aber wir halten an der Hoffnung fest: an unserem Staat, an dem Sieg. Trotz allem leben und arbeiten die Menschen weiter – sie lernen, lassen sich behandeln, heiraten, bekommen Kinder, verabschieden die Gefallenen. Vor allem verteidigen sie unser Land gegen den grausamen Überfall Russlands. Und das trotz täglicher Angriffe, mehrfachem Luftalarm, zerstörter Infrastruktur, vieler Verletzter und Toter.“

**Vyacheslav (49), Tatiana (62) und Alla (61), Region Kiew**

Ein Drohneneinschlag, dann Feuer: Haus und Wirtschaftsgebäude zerstört. Tatiana und Alla verletzt, vom Nachbarn ins Krankenhaus gebracht. Zurück bleibt ein unbewohnbares Zuhause – und die Frage, wo sie hin sollen, wenn die beiden entlassen werden.

**Vyacheslav:** „Tausende Häuser und Gebäude sind ohne Heizung, Strom und Wasser. Die Schulen sind geschlossen. Selbst tagsüber wird es nicht wärmer als minus sieben Grad. Wir haben nur wenige Stunden am Tag Strom – um das Handy zu laden oder etwas zu kochen. Eine Bleibe zu finden wird sehr schwer: Die Zerstörungen sind zu groß, und solange es so kalt ist, sind zu viele Wohnungen unbewohnbar. Und auch wenn es wärmer wird, wird der Wiederaufbau dauern – bis Wasser und Strom wieder funktionieren.“

## Stimmen aus der Ukraine

# Wir halten an der Hoffnung fest

**Wir sind dankbar, dass Oberst a. D. Sergiy Lysenko von Brotherhood uns Kontakte zu Menschen in Charkiw, Kiew und Saporischschja ermöglicht hat.**

Text: Zusammengestellt von Regina Bomke

**Wladimir (75), Valentina (72), Natalia (37), Diana (9), Region Kiew**

Wohnblock nahe der Metro. Nacht für Nacht Luftalarm. Das Fernheizwerk ist zerstört, die Wohnung kalt. Strom gibt's nur stundenweise – je nach Viertel.

**Valentina:** „Wir sind mit unserer Enkelin in die Datscha gezogen. Dort haben wir drei bis vier Stunden am Tag Strom und können mit dem Holzofen heizen und kochen. Wir haben noch Kartoffeln und Gemüse vom Herbst. Unsere Tochter Natalia ist in der Stadt geblieben, sie muss zur Arbeit – das geht von der Datscha aus nicht. Sie lebt entweder in unserer Wohnung oder verbringt die Nacht mit einer Freundin in einem U-Bahnhof. Dort ist es einigermaßen warm und sicher, aber auch laut und voll. Zehntausende Menschen leben fast in der U-Bahn: Kinder, alte Menschen, Menschen, die traumatisiert sind.“

**Stanislaw (31): Drohnenpilot, Vater, Ex-Gefangener.**

2017 verhaftet, Donezk: Gefängnis. 2019 frei – Gefangenenaustausch. Seit drei Jahren an der Front. Aufklärung und Logistik: Wasser, Essen, Medikamente per Drohne bis zur Infanterie.

**Stan:** „Wir sind in einem leer stehenden Haus am Rand eines kleinen Dorfes untergebracht, 20 Kilometer von den Russen entfernt. Viele Häuser sind zerschossen, nur noch wenige Menschen leben hier – meist alte. Es gibt keine Schule, keine Kirche, keinen Laden mehr. Nachts hört man manchmal einen einsamen Hund heulen. Unsere Schützengräben sind etwa 15 Kilometer von hier. Wir sind entweder im Haus oder in den Gräben und starten von dort unsere Missionen. Ich bin müde, erschöpft. Viele Kameraden wurden nach Jahren an der Front versetzt – weit weg, weil sie völlig ausgebrannt sind. Ich habe trotzdem Hoffnung und mache weiter. Es gibt keine andere Option. Ich kann mir nicht leisten, meinen Gefühlen zu viel Raum zu geben. Vor drei Wochen wurden wir angegriffen, wir haben mit Kampfdrohnen abgewehrt. Dabei sind etwa 20 russische Soldaten getötet worden. Militärische Mittel einsetzen zu müssen ist schrecklich. Dass ich vermutlich auch Menschen getötet habe, verfolgt mich – immer wieder. Ich glaube weiterhin, dass politische Ziele friedlich erreicht werden müssen. Aber: Wenn der Mörder in dein Haus kommt, bringt es nichts, ihn höflich zu bitten, es zu verlassen.“

KRIEG, WOHLSTAND, UMWERTEILUNG

# Die Konsequenzen des Ukrainekriegs und was er in Deutschland sichtbar macht



Foto: Shutterstock

Text: Thomas Wüstrich

**Vier Jahre Krieg in der Ukraine bedeuten nicht nur unermessliches Leid, sondern auch massive Wohlstandsverluste – in der Region und indirekt in der EU. Der Text zeigt die Folgen in Wachstum, Inflation, Beschäftigung, Außenhandel und Staatsfinanzen – und betont: Für Deutschland wirkt der Krieg vor allem als Katalysator bestehender Strukturprobleme. Zugleich könnten Wiederaufbau und Investitionen nach einem Kriegsende neue Chancen eröffnen.**

Seit über vier Jahren tobt im Osten Europas ein unerbittlicher Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Neben dem unermesslichen menschlichen Leid durch Tod, Verletzung, psychische Traumata und Trennung stellt sich auch die Frage nach den materiellen Wohlstandsverlusten dieses Krieges.

Diese Frage betrifft nicht nur die Kriegsgegner, sondern auch die Volkswirtschaften Deutschlands und der übrigen Mitgliedsländer der Europäischen Union. Anhand makroökonomischer Indikatoren wie Wachstum, Inflation, Beschäftigung, Außenwirtschaft sowie der Entwicklung der Staatsfinanzen lassen sich oft nur Tendenzaussagen zu möglichen Wohlstandsverlusten – oder, so zynisch es auch klingen mag, aus verteilungspolitischer Perspektive zu potenziellen Wohlfahrtsgewinnen – treffen.

Auch wenn der Wegfall billiger Öl- und Gasimporte aus Russland, die EU-Sanktionspakete gegen den russischen Aggressor und die Milliardenhilfen Deutschlands zugunsten der Ukraine die deutsche Wirtschaft nachhaltig belasten: Die seit Jahren anhaltenden struk-

turellen Probleme der deutschen Wirtschaft – stagnierendes Wachstum, steigende Preise und Arbeitslosigkeit sowie deutliche Verluste an außenwirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitig explodierender Staatsverschuldung – werden durch die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine Konflikts vor allem katalytisch verschärft.

Die gesamtwirtschaftliche Lage wird zudem durch eine Vielzahl weltweiter Konflikte und Spannungen getrübt – etwa durch den Krieg im Iran, eine erratische US-amerikanische Zollpolitik oder aggressive chinesische Billigexporte, die den europäischen Markt fluten.

Das über Jahrzehnte bewährte deutsche „Geschäftsmodell“ – Sicherheit durch die USA, günstige Energie aus Russland und Exportrekorde durch hohe Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, vor allem im Automobil- und Maschinenbau sowie in der chemischen Industrie – gerät zunehmend unter Druck.

Insbesondere energieintensive Branchen wie Chemie, Stahl, Glas und Zement sowie der private Konsum leiden durch Produktions- und Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland und durch inflationsbedingte Kaufkraftverluste im Inland. Hohe Energiepreise, Steuern und Sozialabgaben sowie eine überbordende Bürokratie belasten die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und erfordern – unabhängig vom Ukrainekrieg – kraftvolle strukturelle wirtschaftspolitische Reformen.

**Ukrainehandel: klein im Volumen – groß in der Perspektive**

Der Krieg in der Ukraine stellt nur einen von vielen Gründen der derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands dar: Der Anteil der Ukraine am deutschen Außenhandel beträgt – auch wenn er sich in den vergangenen zwei Jahren erfreulich dynamisch entwickelt hat – bei einem Gesamtumfang von etwa →

➔ 12 Mrd. Euro lediglich 0,3 bis 0,4 % des gesamten Außenhandelsvolumens. Deutschen Exporten von rund 9,5 Mrd. Euro stehen derzeit Importe aus der Ukraine von rund 2,5 Mrd. Euro gegenüber. Dabei handelt es sich nicht nur um Rüstungsgüter, sondern auch um Maschinen und Technologie zum Wiederaufbau und zum Erhalt der Infrastruktur.

Auch wenn Unsicherheit und mangelnde Kaufkraft die ukrainische Konsum- und Investitionsneigung derzeit noch belasten, ergeben sich perspektivisch für Deutschland als Hauptunterstützer der Ukraine nach einem hoffentlich baldigen Kriegsende gute Export- und Investitionschancen. Insofern könnten sich die deutschen Hilfszahlungen – insbesondere nach einem allfälligen EU-Beitritt der Ukraine – für Deutschland positiv auswirken.



„Die bereits im Februar 2022 unmittelbar nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine propagierte ‚Zeitenwende‘ kann daher wirtschaftspolitisch auch als aussichtsreicher ‚Weckruf‘ für die deutsche Volkswirtschaft in einem immer dynamischer und unübersichtlicher werdenden weltwirtschaftlichen Umfeld verstanden werden.“

Ebenfalls positiv im Sinne „antizyklischer Rüstungsausgaben“ kann das angestrebte Sondervermögen Bundeswehr im Umfang von 500 Mrd. Euro zumindest flankierend konjunkturelle Impulse setzen und damit die deutsche Wachstumsschwäche relativieren. Um eine Verdrängung privater Investitionen durch staatliches Handeln (über steigende Zinsen) zu vermeiden, setzt dies – im Zusammenhang mit den geplanten weiteren 500 Mrd. Euro für die Modernisierung der deutschen Infrastruktur und Klimaschutz – eine überaus ambitionierte expansive Fiskalpolitik sowie eine akkommodierende Geldpolitik der Europäischen Zentralbank voraus.

Große Chancen ergäben sich, wenn diese fiskalpolitischen Impulse durch beherzte strukturelle Reformen in den Bereichen Bürokratieabbau, Steuer- und Sozialstaat sowie Energie begleitet würden.

Nur so kann verhindert werden, dass lediglich ein kurzes konjunkturelles „Strohfeuer“ entfacht wird und Deutschland danach wieder in einen lethargischen, weitgehend reformunwilligen „Dornröschenschlaf“ zurückfällt.

#### Zeitenwende als Weckruf – auch ökonomisch

Die bereits im Februar 2022 unmittelbar nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine propagierte „Zeitenwende“ kann daher wirtschaftspolitisch auch als aussichtsreicher „Weckruf“ für die deutsche Volkswirtschaft in einem immer dynamischer und unübersichtlicher werdenden weltwirtschaftlichen Umfeld verstanden werden. Die Zeichen und Herausforderungen zu erkennen und entsprechend kraftvoll zu handeln wäre dann eine positive ökonomische Begleiterscheinung der kriegerischen Auseinandersetzung im Osten Europas – nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und die Ukraine. Hauptprofiteur des Sondervermögens Bundeswehr wird neben einer

verbesserten materiellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und der NATO auch die deutsche Rüstungsindustrie sein. Dies setzt neben vereinfachten und schnelleren Beschaffungsverfahren auch eine verstärkte europäische Zusammenarbeit voraus. Neben der Schaffung attraktiver Arbeitsplätze und möglichen rüstungstechnologischen Spillovers könnte dies – unter der Voraussetzung einer Lockerung von Exportrestriktionen – die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Rüstungsindustrie stärken.

Allerdings steht die Rüstungsindustrie mit anderen Wirtschaftszweigen und dem Staat angesichts eines demografiebedingt absehbaren Fachkräftemangels in Konkurrenz um die „klügsten und fähigsten Köpfe“.

Betrachtet man im Längsschnitt die ökonomischen Folgen des Krieges, so ergeben sich nach einer Beendigung des Konflikts durch den Wiederaufbau der Ukraine sowie durch die nachhaltige und langfristige Sicherstellung der Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit Deutschlands und seiner Verbündeten erhebliche ökonomische Potenziale. Bereits jetzt ist die deutsche Wirtschaft einer der größten Investoren in der Ukraine.

#### Gewinner und Verlierer

Wer oder was aus wohlfahrtsökonomischer Perspektive zu den „Verlierern“ oder „Gewinnern“ eines Krieges zählt, hat immer auch eine ethische und damit verteilungspolitische Dimension. Gesamtwirtschaftlich muss der „Verlierer“ neben den unermesslichen menschlichen Verlusten – also seines „human capital“ – in der Regel eine erhebliche Zerstörung seines volkswirtschaftlichen Kapitalstocks sowie unter Umständen einen mehr oder weniger großen Verlust seines Territoriums hinnehmen. Hinzu kommen mögliche Reparationszahlungen sowie der Verlust von nationalem Prestige.

Demgegenüber kann der „Gewinner“ trotz menschlicher Verluste – die wie im Fall Russlands erheblich ausfallen können – mit Gebietsgewinnen, Reparationen und politischem Einfluss rechnen.

Einzelwirtschaftlich stehen Tod, Verletzung, Traumatisierung und Zerstörung von Hab und Gut auf der einen Seite den Gewinnaussichten, etwa von Rüstungsunternehmen, auf der anderen Seite gegenüber. Neben den unmittelbaren ökonomischen Folgen hat jede kriegerische Auseinandersetzung massive Umverteilungen zur Folge. Wer zu den Gewinnern oder Verlierern gehört, lässt sich allerdings oft erst nach einiger Zeit beurteilen, wenn sich der „Schleier der Intransparenz“ gelichtet hat.

Summa summarum ist der Krieg – so zynisch es auch klingen mag – auch aus ökonomischer Sicht doch „der Vater aller Dinge“ (Heraklit von Ephesos). ■

#### Der Autor



Prof. Dr. Thomas Wüstrich lehrt Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik an der Universität der Bundeswehr München. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Sozialstaatsforschung sowie in Fragen der Wirtschafts- und Ordnungspolitik.

# EUROPA

Schwerpunktthema

Text: Zusammengestellt von der GKS

Europa steht unter Druck. Während ein Appell aus Frankreich, Italien, Polen und Deutschland Europa an seine geistigen Wurzeln und sein Friedensversprechen erinnert, verhindert Ungarn mit seinem Einspruch die Freigabe versprochener und dringend benötigter Milliardenhilfen für die Ukraine. Es stellt sich die nüchterne Frage: **Was sind die Zusagen und Bekenntnisse Europas wert? →**

## Deutsche Bischofskonferenz

# Europa als Friedensprojekt

Anlässlich internationaler geopolitischer Fragen ist der europäische Kontinent in besonderer Weise gefragt. Innerhalb der Europäischen Union nehmen Skepsis und Widerstände gegen ein geeintes Europa zu. Erstmals wenden sich die Vorsitzenden der französischen, italienischen, polnischen und deutschen Bischofskonferenz im Februar 2026 mit einem Appell an die Öffentlichkeit und rufen dazu auf, Europa wieder eine Seele zu geben und die christlichen Wurzeln nicht zu vergessen.

Appell der Vorsitzenden der französischen, italienischen, polnischen und deutschen Bischofskonferenz (13. Februar 2026). Der Text wird im Wortlaut dokumentiert; zentrale Passagen sind hervorgehoben.

Illustration: N. Schley



Europa zwischen Fragmentierung und Zusammenhalt: Der Appell aus Frankreich, Italien, Polen und Deutschland setzt auf Bindekraft.

**Christinnen und Christen für Europa – Gebt Europa wieder eine Seele! erinnert euch an seine christlichen Wurzeln! Lebt die Kraft der Hoffnung!**

„Es ist schön, Pilger der Hoffnung zu werden. Und es ist schön, dies weiterhin gemeinsam zu sein!“ Dies ist die Einladung, die Papst Leo XIV. zum Abschluss des Jubiläums der Hoffnung an uns als ganze Kirche richtet, damit „die Zeit, die sich öffnet, eine Morgenröte der Hoffnung ist“. Als Vorsitzende mehrerer europäischer Bischofskonferenzen fühlen wir uns verantwortlich, die Einladung des Papstes aufzugreifen und sie zu teilen.

Wir leben in einer Welt, die von Kriegen und Gewalt zerrissen und polarisiert ist. Viele unserer Mitbürger sind verängstigt und orientierungslos. Die internationale Ordnung wird untergraben. In dieser Situation muss Europa seine Seele wiederfinden, um der Welt seinen unverzichtbaren Beitrag zum „Gemeinwohl“ anzubieten. Wir können dies erreichen, indem wir uns darauf besinnen, was zur Gründung Europas beigetragen hat.

Historisch gesehen war das Christentum nach den hellenistischen und römischen Zivilisationen eine der wichtigsten Grundlagen unseres Kontinents. Es hat zu einem großen Teil das Gesicht eines humanistischen, solidarischen und weltoffenen Europas geprägt.

## Europa als Friedensprojekt

Heute leben wir in einem pluralistischen Europa, das von Sprachenvielfalt, regionalen kulturellen Unterschieden und zahlreichen religiösen und spirituellen Strömungen geprägt ist. Zwar sind die Christen weniger zahlreich, doch das hindert sie nicht daran, sich mit Mut und Ausdauer auf das zu besinnen, was ihre Hoffnung begründet.

Nach dem Ende eines verheerenden Krieges, in dem Millionen Menschen aus rassistischen, religiösen und Gründen der eigenen Persönlichkeit ausgelöscht wurden, ist die Dringlichkeit, eine neue Welt aufzubauen, immer offensichtlicher geworden. Viele katholische Laien sahen Europa entschlossen als gemeinsames Haus an und setzten sich für die Entwicklung

einer neuen internationalen Ordnung ein, insbesondere durch die Gründung der Vereinten Nationen. Das Ziel war die Verwirklichung einer versöhnten Gesellschaft, die als Konvergenzpunkt und als Garantie für die gegenseitige Achtung der jeweiligen Besonderheiten als Bollwerk der Freiheit, Gleichheit und des Friedens verstanden wurde.

In der Erklärung, die zur Gründung der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), dem ersten Schritt auf dem Weg zur Europäischen Union, geführt hat, stellten deren Verfasser vorausschauend fest:

**„Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa zur Zivilisation leisten kann, ist für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen unerlässlich. Europa kann nicht auf einmal geschaffen werden, und es wird auch nicht auf einmal aufgebaut werden; es wird aus konkreten Errungenschaften hervorgehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“** (Schuman/EGKS)

Die Gründerväter Europas, Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi, wurden von ihrem christlichen Glauben inspiriert und waren keine naiven Träumer, sondern die Architekten eines großartigen, aber zerbrechlichen Gebäudes. Papst Johannes Paul II. sagte mehrfach, wenn er an die Rolle der Christen beim Aufbau Europas erinnerte: „Weil sie Christus liebten, liebten sie auch die Menschen und waren bestrebt, sie zu vereinen.“

Konrad Adenauer erklärte am 25. März 1957 in seiner Rede anlässlich der Verträge zur Gründung der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und der EAG (Europäische Atomgemeinschaft): „Noch vor Kurzem gab es viele, die das Abkommen, das wir heute offiziell festschreiben, für undurchführbar hielten [...]. Wir wissen, wie ernst unsere Lage ist, die nur durch die Einigung Europas behoben werden kann; wir wissen auch, dass unsere Pläne nicht eigennützig sind, sondern dem Wohl der →

→ ganzen Welt dienen sollen. Die Europäische Gemeinschaft verfolgt ausschließlich friedliche Ziele und richtet sich gegen niemanden [...]. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit allen für den Fortschritt in Frieden zu arbeiten.“

### Gegen Nationalismus

Die mörderische Tragödie des Zweiten Weltkriegs warnte die Gründergeneration Europas vor der Versuchung totalitärer Regime, die sich auf den Nationalismus stützen, um Hegemonieziele zu verfolgen, und deren Ergebnis nur Krieg sein kann. „Der übersteigerte Nationalismus ist eine Form der Vergötterung: Er setzt die Nation an die Stelle Gottes und gegen den Menschen“, sagte Alcide De Gasperi und fügte hinzu: „Ein vereintes Europa wird nicht gegen die Heimatländer geboren, sondern gegen die Nationalismen, die sie zerstört haben.“

Europa darf sich nicht allein auf einen Wirtschafts- und Finanzmarkt reduzieren, da sonst die ursprüngliche Intention der Gründerväter verfehlt würde. Unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit und unter Ablehnung der ausschließlichen Logik von Rückzug und Gewalt wird sich für eine supranationale Lösung von Konflikten entscheiden, indem es geeignete Mechanismen und Allianzen wählt. Es muss immer bereit sein, den Dialog auch im Konfliktfall wieder aufzunehmen und Versöhnung und Frieden anzustreben. Europa ist aufgerufen, nach Bündnissen zu suchen, welche die Voraussetzungen für eine echte Solidarität zwischen den Völkern schaffen.

Trotz der vielen europaskeptischen Bewegungen in den einzelnen europäischen Ländern haben die Europäer gerade mit dem Beginn des Krieges gegen die Ukraine stärker zueinander gefunden. Ein internationaler Rahmen stirbt und ein neuer ist noch nicht geboren. Papst Franziskus war sich bewusst, dass wir uns in einem Epochenwechsel befinden und definierte ihn wie folgt: „Im vergangenen Jahrhundert hat es die Menschheit bewiesen, dass ein

neuer Anfang möglich war: Nach Jahren tragischer Auseinandersetzungen, die im furchtbarsten Krieg, an den man sich erinnert, gipfelten, entstand mit der Gnade Gottes etwas in der Geschichte noch nie dagewesenes Neues [...]. Nach vielen Teilungen fand Europa endlich sich selbst und begann sein Haus zu bauen [...]. Am Wiederaufblühen eines zwar müden, aber immer noch an Energien und Kapazitäten reichen Europas kann und soll die Kirche mitwirken. Ihre Aufgabe fällt mit ihrer Mission zusammen, der Verkündigung des Evangeliums. Diese zeigt sich heute mehr denn je vor allem darin, dass wir dem Menschen mit seinen Verletzungen entgegenkommen, indem wir ihm die starke und zugleich schlichte Gegenwart Christi bringen, seine tröstende und ermutigende Barmherzigkeit.“ (Rede anlässlich der Verleihung des Karlspreises, 6. Mai 2016)

Die Welt braucht Europa. Das ist die Dringlichkeit, welche die Christen verinnerlichen müssen, um sich dort, wo sie stehen, entschlossen für seine Zukunft einsetzen zu können, mit demselben klaren Bewusstsein, das die Gründerväter hatten. „Wenn Politik als uneigennütziges Engagement im Dienst der Stadt, im Dienst des Menschen gelebt wird, kann sie zu einem Engagement der Liebe gegenüber dem Mitmenschen werden“, erklärte Robert Schuman. Im Namen ihres Glaubens sind die Christen eingeladen, mit allen Bewohnern des europäischen Kontinents ihre Hoffnung auf eine universelle Brüderlichkeit zu teilen. ■

### WER UNTERSCHREIBT?

#### Vorsitzende der Bischofskonferenzen:

**FR** | Kardinal Jean-Marc Aveline

**IT** | Kardinal Matteo Maria Zuppi

**PL** | Erzbischof Tadeusz Wojda

**DE** | Bischof Dr. Georg Bätzing

Paris | Rom | Warschau | Bonn am 13. Februar 2026

Quelle: Pressemeldung | Nr. 014 DBK | „Christinnen und Christen für Europa“ | Deutsche Bischofskonferenz



Bild: Deutsche Bischofskonferenz/Marko Olovic

**Georg Bätzing: Der Limburger Bischof zählt zu den Unterzeichnern der DBK-Erklärung „Christinnen und Christen für Europa“.**



BildShutterstock

EUROPÄISCHE UNION

# Mutig für ein starkes Europa

Vom Ruf nach Europas „Seele“ zur Frage nach seiner Wehrhaftigkeit: Manfred Weber beschreibt, wie europäische Solidarität konkret wird – von Litauen bis zur Debatte um gemeinsame Verteidigungsprojekte. →

---

Text: Manfred Weber, EVP-Parteivorsitzender im Europäischen Parlament

➔ Am 30. September vergangenen Jahres wurde in Vilnius eine besondere Schule eröffnet. Zunächst werden dort 19 Jungen und Mädchen aus Deutschland nach deutschem Lehrplan unterrichtet – weitere Dutzende sollen folgen. Es sind die Kinder von Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten, die sich verpflichtet haben, dauerhaft an der NATO-Ostflanke ihren Dienst zu leisten.

Knapp 30 Kilometer Luftlinie von der Grenze zu Belarus entfernt werden rund 5.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten dauerhaft stationiert. Die Brigade Litauen ist der deutsche Beitrag zur Bündnisverteidigung der NATO. Sie ist zugleich ein sichtbares Zeichen europäischer Solidarität. Denn Verteidigung und Wehrhaftigkeit beginnen in Europa nicht an nationalen Grenzen, sondern bei unseren Partnern – dort, wo die Bedrohung durch einen aggressiven Nachbarn besonders unmittelbar ist.



„Stark, weil geeint“: NATO-Kommunikation im Stadtbild von Vilnius – Verteidigung als gemeinsames europäisches Projekt.

Es verdient Anerkennung, wenn sich deutsche Soldatinnen und Soldaten freiwillig zu diesem Dienst melden. Es zeugt von Mut, wenn sie sich entscheiden, ihre Familien – ihre Frauen, Männer und Kinder – an diesen neuen Standort mitzunehmen. Diese Entscheidung ist mehr als ein beruflicher Schritt: Sie ist ein persönliches Bekenntnis zu unserer gemeinsamen Sicherheit und ein starkes Zeichen gelebter europäischer Solidarität.

#### Europa in einer rauen Weltordnung

In den vergangenen vier Jahren wurde uns Europäern deutlich gemacht, dass wir in einer kalten Welt voller Stürme alleine stehen. In unserer unmittelbaren Nachbarschaft tobt ein grausamer Krieg, vom Zaun gebrochen durch den aggressiven Diktator Wladimir Putin. Er scheut auch nicht davor, unsere europäische Verteidigungsfähigkeit zu testen: Drohnenüberflüge gehören ebenso zu seinem Repertoire der hybriden Kriegsführung wie Cyber-

angriffe und Desinformationskampagnen. Die permanente Provokation und das brutale Vorgehen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung lassen keinen Zweifel an Putins Absichten. Machen wir uns keine Illusionen: Wer gezielt Wohnhäuser und zivile Infrastruktur bombardiert, damit Hunderttausende Menschen frieren und traumatisiert sind, der hat kein Interesse an einer Friedensordnung. In der Ukraine zeigt Putin sein brutales Gesicht in seinem Kampf gegen uns Europäer – gegen unsere europäischen Werte.

#### Transatlantische Erosion: Europa muss selbst handeln

Und nahezu gleichzeitig erodiert die jahrzehntelange Verlässlichkeit im transatlantischen Verhältnis. Mit Donald Trump ist nicht mehr der Führer der freien Welt ins Weiße Haus eingezogen, sondern ein Dealmaker. Einer, der mit den europäischen Partnern auf Konfrontation gegangen ist – in Grönland und in der Ausein-

andersetzung um Zölle. Das vergangene Jahr markiert zweifelsohne einen tiefen Einschnitt in der sicherheitspolitischen Ausrichtung der USA. Wir Europäer stehen allein in einer rauen, zunehmend instabilen Weltordnung. Daraus folgt: Wir dürfen unsere Politik nicht länger nur an Vorgaben aus Washington ausrichten. Auch jenseits von Trump wird keine US-Regierung Europas Herausforderungen für uns lösen. Deshalb müssen wir eine eigene Sicherheitsstrategie entwickeln, die europäische Architektur grundlegend überprüfen und endlich mit größerem Selbstbewusstsein auftreten. Wir bleiben mit unseren amerikanischen Partnern verbunden, müssen aber innerhalb der NATO eine eigene europäische Geschlossenheit erreichen.

#### Grönland als Beispiel: Einigkeit macht Europa handlungsfähig

Was uns Europäern Mut und Hoffnung machen muss, ist, wenn wir den Blick auf unsere Stärken und unsere Einigkeit richten. Denn dass wir auch gegenüber Donald Trump handlungsfähig sind, haben wir in diesem Winter gezeigt. Als der US-Präsident im Zuge der Grönland-Auseinandersetzung zahlreichen EU-Staaten mit weiteren Zöllen drohte, bekam er eine entschiedene Antwort aus Brüssel. In Abstimmung mit den Fraktionsführern im Europaparlament haben wir entschieden, die Ratifizierung des Handelsabkommens mit den Amerikanern auf Eis zu legen. Das heißt: kein zollfreier Zugang für amerikanische Produkte auf den europäischen Markt. Es dauerte nur wenige Tage, bis Donald Trump seine Ansprüche auf die arktische Insel wieder zurückzog. Die EU nahm die Arbeit an der Ratifizierung des Abkommens wieder auf.

Grönland hat gezeigt, wie mächtig und handlungsfähig die EU ist, wenn wir geeint sind. Europa konnte hier aber auch geschlossen auftreten, weil die EU in Handelsfragen die Zuständigkeit hat. Europa hat die Stärke, ein Global Player zu werden. Es braucht dafür aber jetzt den politischen Willen und die politische Führung, damit diese europäische Einigkeit ➔

### Der Autor



Foto: Tobias Koch

Manfred Weber ist seit 2014 Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und wurde 2022 zum Parteivorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP) gewählt. Der CSU-Politiker ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments und prägt als stellvertretender CSU-Parteivorsitzender die europäische Politik seiner Partei maßgeblich mit.

→ (und eben auch Zuständigkeit) in Fragen der Außenpolitik und Verteidigung auf den Weg gebracht wird. In der Ukraine können wir das bereits in Ansätzen zeigen. Anfang Februar hat das Europäische Parlament europäische Unterstützung für die Ukraine in Höhe von 90 Milliarden Euro freigegeben.

#### Einstimmigkeit überwinden

Es ist Zeit, Mut zu zeigen und den nächsten Schritt zu machen. Es ist Zeit, jene Strukturen zu überwinden, die uns zurückhalten. In der Außenpolitik ist das ganz konkret das Prinzip der Einstimmigkeit – es gibt einzelnen Staaten die Möglichkeit, ein Voranschreiten Europas zu bremsen oder gar zu blockieren. Das schränkt unsere Handlungsfähigkeit ein. Wer ein starkes Europa will, muss deshalb den Mut haben, dieses Prinzip in der Außenpolitik zu überwinden. Wir müssen Europa entscheidungsfähiger machen!

#### Europäischer Pfeiler der Verteidigung: Projekte, Fähigkeiten, Schutz

Zugleich müssen wir die militärische Beistandsklausel der EU mit Leben füllen. In einer Welt wachsender Bedrohungen brauchen wir das gegenseitige Beistandsversprechen der Europäer. Das bedeutet den Einstieg in einen echten europäischen Pfeiler der Verteidigung – nicht als Alternative, sondern als Stärkung der NATO.

Den Anfang machen wir mit ganz konkreten Projekten: einem Drohnenschutzschirm an der Ostgrenze, einem europäischen Raketenabwehrschirm und einer gemeinsamen Cyber-Defence-Brigade. In der digitalen Welt gibt es keine nationalen Grenzen. Europa muss seinen Raum selbst schützen – auch durch eine eigenständige Satellitenaufklärung, damit wir über die Daten verfügen, die wir für unsere Sicherheit brauchen. Jetzt ist der Moment, damit zu beginnen, und zwar mit echten europäischen Projekten. Europa wird auch gefordert sein, wenn es um die Absicherung eines möglichen Friedens in der Ukraine geht. Das ist eine

gesamteuropäische Aufgabe. Wir können nicht erwarten, dass die USA dauerhaft für unsere Sicherheit einstehen. Europäische Verbände unter europäischer Flagge wären ein starkes Signal – und ein erster Schritt hin zu gemeinsamen Verteidigungsstrukturen. Im Mittelpunkt steht aktuell die Landesverteidigung. Jedoch ist die Sahelzone weit entfernt von Stabilität, und unsere Handelswege müssen wir zukünftig eigenständig gegen die Huthi-Rebellen sichern. Bei solchen Aufgaben ist Europa gemeinsam gefordert, nicht mehr ein einziges Land.

#### Perspektive: Gemeinsame europäische Armee

Ich bin überzeugt, dass wir mittelfristig den Weg zu einer gemeinsamen europäischen Armee einschlagen müssen – aufgebaut auf nationalen Einheiten, mit gemeinsamer Beschaffung und klaren, integrierten Kommandostrukturen. Dieses Vorhaben hat historischen Charakter. Denn Soldaten in Einsätze zu schicken und militärische Verantwortung zu übernehmen ist tief in unseren nationalen Traditionen und Identitäten verankert. Doch heute geht es um mehr: um den Schutz unserer gemeinsamen europäischen Lebensweise, um eine Identität, die über das Nationale hinausreicht. Unsere gemeinsame Grundlage ist die Grundrechtecharta der Europäischen Union – sie definiert, wofür Europa steht.

Ein geeintes und unumkehrbares Europa entsteht nicht von allein. Es braucht Führung und die Bereitschaft, in historischen Maßstäben zu denken. Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi und Robert Schuman haben nur sieben Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den Mut gehabt, über eine europäische Armee zu sprechen. Ihr Antrieb war nicht die Zahl der Soldaten oder Panzer, sondern die Idee von Versöhnung, Vergebung und dauerhaftem Frieden. Europa ist ein historisches Projekt. So wie deutsche Soldaten in Litauen mutig für unsere Sicherheit eintreten, brauchen auch wir den Mut zu Entscheidungen von historischer Tragweite. ■

## Wie verbindlich sind die ...



Bild: Shutterstock

## ... Sicherheitsgarantien der USA für die Ukraine?

**Die Pariser Deklaration soll den Weg zu einem Waffenstillstand absichern und Europas Rolle danach definieren. Doch entscheidend ist, ob und wie die USA die europäischen Kräfte politisch und militärisch absichern.**

**Text: Dr. Markus Reisner PhD, Oberst des Generalstabsdienstes**

## Der Autor



Foto: Paul Kulic - www.bundesheer.at

Oberst des Generalstabsdienstes Markus Reisner ist Historiker, Rechtswissenschaftler und Leiter des Instituts für Offiziersgrundausbildung an der Theresianischen Militärakademie. Zu seinen wissenschaftlichen Schwerpunkten zählt unter anderem der Einsatz von Drohnen in der modernen Kriegsführung.

Spätestens mit Ende 2025/Anfang 2026 wurde unübersehbar und deutlich sichtbar, dass die Welt immer mehr in unterschiedliche Einflussräume zerfällt. China, Indien und Russland sind in ihren Regionen zunehmend handlungsfähiger und risikobereiter, kommen aber auch vermehrt unter Druck. Die USA konzentrieren sich hingegen auf die eigene Hemisphäre, versuchen aber weiterhin, global Macht zu projizieren. US-Präsident Trump stellt nahezu wöchentlich neue Forderungen und übt mittels unterschiedlicher Instrumente Druck aus. Das Völkerrecht gilt zwar formal weiter, verliert aber ohne Durchsetzungskraft an Wirkung.

Der globale Norden ringt um Einigkeit, während der globale Süden unter Druck kommt und versucht, sich zu konsolidieren. Neue Konfliktbereiche kommen hinzu und fordern die unterschiedlichen Akteure. Für Europa bleibt im Moment jedoch der Krieg in der Ukraine weiterhin die größte Herausforderung. Hier bleiben aber die USA unverändert ein wichtiger Akteur. In Paris wurde vor Kurzem versucht, eine europäische Idee für eine Nachkriegsordnung in der Ukraine zu entwerfen. In einer gemeinsamen Deklaration wurden die relevanten Absichtserklärungen zusammengefasst veröffentlicht.

### 1. Welche Kernaussagen finden sich in der kürzlich verabschiedeten Deklaration von Paris?

Die Deklaration umfasst mehrere zentrale Punkte: die Überwachung und Überprüfung eines Waffenstillstands in der Ukraine unter US-Führung, die langfristige Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte, die zusätzliche Stationierung multinationaler Streitkräfte in der Ukraine, gewisse Verpflichtungen gegenüber der Ukraine im Falle eines erneuten Angriffs sowie die Vertiefung der Verteidigungszusammenarbeit.

Die entscheidenden Fragen bleiben jedoch: In welchem Ausmaß sind die USA künftig tatsächlich bereit, sich verbindlich an multinationale

Streitkräften in der Ukraine zu beteiligen – sowohl in Friedenszeiten als auch im Fall von erneuten Kampfhandlungen nach einem Waffenstillstand? Und zu welchen Bedingungen Russland einem Waffenstillstand oder sogar einem Friedensabkommen zustimmt?

Solange diese Fragen unbeantwortet bleiben, relativieren sich viele der in Paris getroffenen Aussagen. Denn die in Paris diskutierten europäischen Sicherheitsgarantien für die Ukraine greifen nur, wenn die USA sich dazu verpflichten, die eingesetzten europäischen Kräfte im Fall eines erneuten Angriffs auf die Ukraine zu unterstützen – und dieses Risiko gering ist.

Offen bleibt auch, zu welchen Zugeständnissen die Ukraine und ihre Unterstützer bereit sind, Russland zu machen, damit es einer dauerhaften Lösung zustimmt, die das Risiko erneuter Kampfhandlungen generell reduziert und einen Angriff auf allfällige Truppen der Koalition nahezu ausschließen lässt.

**„Es liegt nun also an den USA, entsprechende Verbindlichkeiten einzugehen“**

Ohne eine US-Zusage und eine realistische Einschätzung des künftigen Verhaltens Russlands und des Verhältnisses zu diesem sind weitere Schritte unrealistisch. Es liegt nun also an den USA, entsprechende Verbindlichkeiten einzugehen sowie den Druck auf Russland dauerhaft und zugleich zielorientiert aufrechtzuerhalten. Inwiefern das unter der Administration Trump möglich ist, bleibt offen. Eine bindende Zusage erscheint aus mehreren Gründen derzeit nicht wahrscheinlich.

Was passiert, wenn europäische Truppen in der Ukraine angegriffen werden und die USA nicht militärisch eingreifen? Angesichts der

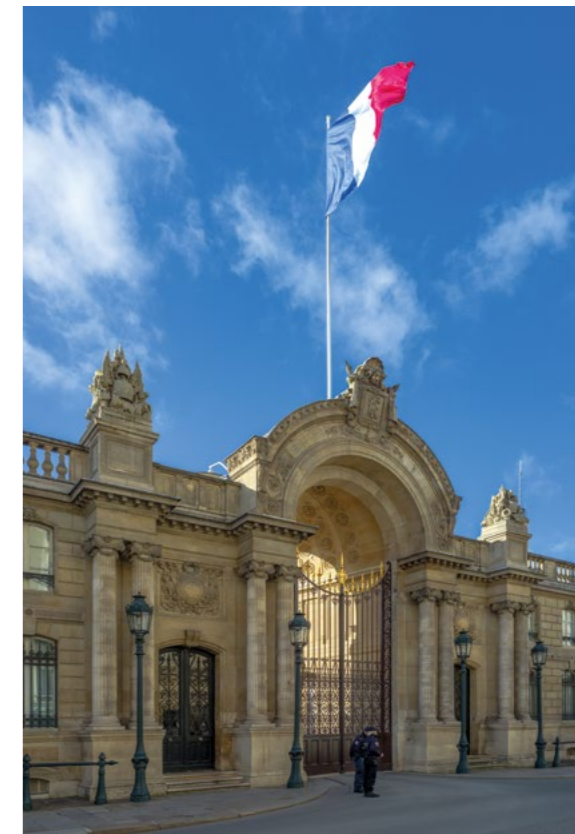


Foto: Unsplash

**Eingang des Élysée: Paris bündelt Absichtserklärungen – offen bleibt, welche Zusagen im Krisenfall tatsächlich tragen.**

begrenzten militärischen Fähigkeiten Europas stellt sich die Frage, ob es überhaupt möglich wäre, sich ohne amerikanische Hilfe wirksam zu verteidigen. Besitzt Europa – rein konventionell betrachtet – Tausende ballistische Raketen, Marschflugkörper oder Zehntausende Angriffsdrohnen zur Abschreckung gegen Russland?

Ziel ist eigentlich, im Rahmen eines umfassenden Abkommens mit der Russischen Föderation eine solche weitere Angriffsabsicht politisch einzuhegen und militärisch zu verwehren.

Die Deklaration sieht vor, einen funktionierenden Mechanismus zur Überwachung und Kontrolle eines Waffenstillstands einzurichten. Das bedeutet auch, dass militärische Fähigkeiten in allen Domänen eingesetzt werden müssen – zu Land, zu Wasser, in der Luft, im Cyber- →



Foto: Shutterstock

raum und im Weltraum. Notwendig wäre etwa ein aktuelles Lagebild („in time“) entlang der gesamten ukrainischen Front sowie in der Tiefe dahinter. Ebenso muss es die Fähigkeit geben, auf Angriffe schnell reagieren zu können – mit Kräften in allen Dimensionen.

## 2. Wie belastbar ist eine US-Zusage politisch – und wie wirkt sie abschreckend?

Die USA unter Präsident Trump haben zuletzt in Venezuela demonstriert, wozu sie militärisch bereit und fähig sind – auch wenn dies nicht mit einem Russland-Ukraine-Szenario vergleichbar ist. Die anschließenden Ankündigungen in Richtung Kuba und Grönland zeigten klar die strategische Entschlossenheit. Die militärischen Fähigkeiten der Vereinigten Staaten sind unbestritten – und das Signal an Gegner ist eindeutig: Bereitschaft zu Verhandlungslösungen aufgrund des Respekts vor der amerikanischen Macht.

Gleichzeitig hat das Vorgehen jedoch das Vertrauen vieler europäischer Partner beschädigt und vor allem im globalen Süden die Angst vor imperialen Handlungsmustern verstärkt. Auf welche Verträge oder Zusagen ist künftig noch Verlass? Gilt das Völkerrecht noch – oder nur das Recht des Stärkeren?

Schutz- und Unterstützungsversprechen können nur dann Wirkung entfalten, wenn sich die Partner darauf verlassen können – wie in einem Eheversprechen: in guten wie in schlechten Zeiten. Europa ist der schwächere Partner. Es hat derzeit nicht jene militärischen Mittel, um potenzielle Angreifer abzuschrecken oder realistischen Druck auf Friedensbrecher auszuüben, damit diese ihr Verhalten ändern und zu Verhandlungslösungen bereit sind.

**Kein Automatismus:  
Ein Angriff auf Truppen  
außerhalb des NATO-Ge-  
biets löst Artikel 5 nicht  
automatisch aus.**

Wenn Trump spöttisch anmerkt, Dänemark verfüge militärisch lediglich über Hundeschlitten, zeigt das, wie wenig Wertschätzung die USA nunmehr ihren Partnern entgegenbringen und in welchem Zustand sie europäische militärische Fähigkeiten einschätzen. Gleichwohl machen Hundeschlitten in der Geografie Grönlands sehr wohl Sinn und sind Teil der bewährten dänischen SIRIUS-Fernspähfähigkeiten. Die USA wissen das – nicht zuletzt, weil Dänemark auch einer ihrer engsten Verbündeten im Kampf gegen den Terrorismus und speziell in Afghanistan war.

## 3. Was ist im Falle eines russischen Angriffs auf europäische Truppen zu berücksichtigen?

Ohne Unterstützung der USA – insbesondere ihrer speziellen militärischen Fähigkeiten – und einem Verständnis mit Russland ist es derzeit undenkbar, dass europäische Streitkräfte im großen Umfang in der Ukraine stationiert werden. Das gilt umso mehr, solange Russland in der derzeitigen Konstellation westliche Soldaten auf ukrainischem Boden als legitime militärische Ziele betrachtet.

Ein solcher Einsatz würde auf bilateralen Abkommen beruhen – nicht auf einem UN-Man-

dat. Auch Artikel 5 des NATO-Vertrags greift nicht, da sich diese Truppen außerhalb des NATO-Gebiets befinden. Ein russischer Angriff auf europäische Soldaten in der Ukraine würde also keine automatische Beistandsverpflichtung der NATO auslösen.

Denkbar wäre, diesen Fall des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung nach Artikel 51 der VN-Charta in einem eigenen völkerrechtlichen Vertrag zu regeln. Auch hier müssten jedoch nationale Parlamente zustimmen – ein politisch komplexer und langwieriger Prozess.

In der Vergangenheit war entweder ein UN-Mandat oder ein unilaterales, völkerrechtlich zumeist umstrittenes Vorgehen der USA (etwa im Rahmen einer „Koalition der Willigen“) ausschlaggebend für ein europäisches Eingreifen. Fehlt beides, stehen die Europäer vor der Herausforderung, die damit verbundenen Risiken abzuwägen.

Derzeit gibt es keine gesamteuropäische Ambition zur Stationierung europäischer Truppen in der Ukraine. Neben der fehlenden militärischen Fähigkeit und dem politischen Willen europäischer Staaten, abseits der eigenen Verteidigung in einen Krieg gegen Russland einzutreten, ist der eigentliche Zweck der möglichen Stationierung von Kräften in der Ukraine, ein bedingtes Abschreckungsdispositiv in deren Tiefe aufzustellen.

### Paris-Deklaration: Das steht drin

Verabschiedet am **6. Januar 2026** in Paris.

**Ziel** ist eine belastbare Sicherheitsarchitektur für die Ukraine.

**Vorgesehen sind** Waffenstillstandsüberwachung, Militärhilfe und mögliche multinationale Präsenzkkräfte. Entscheidend bleibt die Frage nach der Verlässlichkeit der USA.

Ohne amerikanische Rückendeckung bleiben Europas Sicherheitsgarantien militärisch begrenzt glaubwürdig.

Daher haben die Ukraine, Frankreich und Großbritannien eine Absichtserklärung zur Entsendung multinationaler Streitkräfte unterzeichnet. Ziel ist es, die Verteidigung, den Wiederaufbau und die strategische Stabilität der Ukraine zu unterstützen. Weitere Staaten – darunter auch Deutschland – haben Interesse an einer Beteiligung (aber nur in Nachbarstaaten) bekundet.

Dieser Schritt ist bemerkenswert. Er zeigt, dass Europa handlungswillig ist – trotz aller Risiken. ■

## Bedingt resilient

# WAS DER BERLINER BLACKOUT ANFANG 2026 FÜR DIE DEUTSCHE KRISENVORSORGE BEDEUTET

Text:  
Wolfgang Rudischhauser  
Tobias Fella  
Mateusz Labuz  
Matthias Schulze

Der mehrtägige Blackout in mehreren Stadtteilen im Südwesten Berlins Anfang 2026 nach einem Anschlag auf eine Stromleitung zeigt den dringenden Handlungsbedarf bei Resilienz und Krisenvorsorge in Deutschland.

Kritische Infrastruktur ist nicht erst seit dem russischen Angriff auf die Ukraine immer wieder Ziel hybrider Angriffe; ihre Ausfälle gefährden nicht nur Bevölkerung und Wirtschaft, sondern auch das Vertrauen in Staat und Versorgung. Gefordert ist deshalb ein handlungsfähiger Staat, der im Krisenfall wirksam reagiert, glaubwürdig kommuniziert und Abhilfe schafft. Dazu braucht es neben einer guten Ausstattung von Behörden und Hilfsorganisationen auch Investitionen in Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement.

Der Anschlag auf eine unzureichend gesicherte Stromversorgungsleitung im Südwesten Berlins am 3. Januar 2026 führte zu einem mehrtägigen Blackout ganzer Stadtteile. Über 45.000 Haushalte blieben tagelang ohne Strom und Heizung; zu Beginn der Krise war auch der Mobilfunkempfang stark beeinträchtigt. Auch mehrere wichtige S-Bahnen- und Regionalzuglinien fuhren mangels Strom für die Stellwerke zeitweise nicht. Während Krankenhäuser auf ihre Notstromversorgung zugreifen mussten, konnte diese in Pflegeeinrichtungen erst mit einiger Verzögerung durch mobile Notstromaggregate sichergestellt werden. Teilweise musste die zur Unterstützung gerufene Bundeswehr die Aggregate mittels Tankwagen mit Treibstoff versorgen. Erst am 6. Januar war die Stromversorgung durch Notleitungen teilweise wiederhergestellt und schließlich am 9. Januar wieder stabil in Betrieb. Der Vorfall macht deutlich, dass es beim Schutz Kritischer Infrastruktur (KRITIS) nicht allein um die Abwehr von Angriffen geht, sondern um die Fähigkeit, trotz Störungen funktionsfähig zu bleiben und sich rasch zu erholen – also um echte Resilienz. In Deutschland herrscht dabei häufig ein falsches Verständnis darüber, was Resilienz eigentlich bedeutet. Sie wird oft mit Unverwundbarkeit oder der Fähigkeit verwechselt, Angriffe vollständig abzuwehren. Tatsächlich geht es jedoch darum, Störungen zu bewältigen, sich anzupassen und kritische Systeme schnell wieder funktionsfähig zu machen.

Vor diesem Hintergrund legte der mehrtägige Blackout in Berlin grundlegende Defizite in der Krisenvorsorge und der Resilienz Kritischer Infrastruktur in der Hauptstadt und mutmaßlich in Deutschland insgesamt offen. Fachleute warnen seit Jahren, dass KRITIS, wie Strom, Telekommunikation, Wasser, Gas und weitere Versorgungseinrichtungen in Deutschland nicht ausreichend gegen Sabotage und Eingriffe von außen geschützt ist. Während schnell ein Bekennerschreiben eines Absenders auftauchte, der sich als linksextreme Gruppe ausgab, blühten gleichzeitig Spekulationen, dass Formulierungen darin auf Übersetzungen aus dem Russischen und damit auf eine verdeckte Aktion Russlands hindeuten könnten. Der Generalbundesanwalt übernahm die Ermittlungen. Auch wenn die Spekulationen bisher unbestätigt geblieben sind, führte dies zu weiterer Verunsicherung. Wie groß die Verletzlichkeit insbesondere der Energieinfrastruktur ist, zeigt die Tatsache, dass es sich bereits um den dritten Vor-

fall in der Region Berlin mit schwerwiegenden Folgen innerhalb von zwei Jahren handelt. So führten Brandanschläge auf Stromleitungen im September 2025 zum Blackout eines ganzen Gewerbegebiets in Berlin-Adlershof und im März 2024 zur Abschaltung des Tesla-Werks im brandenburgischen Grünheide. Dass es jeweils mehrere Tage dauerte, die Stromversorgung über Ersatzleitungen wiederherzustellen, verdeutlicht zudem die weiterhin unzureichend vorhandenen Redundanzen und die mangelnde Netzresilienz. In Berlin verlaufen noch immer Teile der Hochspannungsleitungen oberirdisch – wobei der Trend zur umfassenden Erdung geht – und sind kaum gegen Fremdzugriffe geschützt. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Informationen zur Kritischen Infrastruktur, teilweise Transparenzvorgaben folgend, öffentlich zugänglich sind. Die Verletzlichkeiten beschränken sich jedoch nicht auf Berlin und auch nicht allein auf die Energieversorgung. Seit Jahren verzeichnen die Behörden eine Zunahme von Angriffen auf die Verkehrsinfrastruktur. Kabeldiebstahl und Sabotage führten etwa 2023 und 2024 zu kurzzeitigen Ausfällen der Bahnstrecken Berlin-Hamburg und Bremen-Hamburg. Verschiedene Flughäfen mussten wegen Drohnensichtungen zeitweise gesperrt werden.

Zwar hatte das Bundeskabinett bereits im Herbst 2025 das sogenannte KRITIS-Dachgesetz beschlossen. Das Gesetz soll Betreiber und Versorger der Kritischen Infrastruktur in Deutschland zum besseren Schutz und zur Überwachung ihrer Einrichtungen gegen Fremdeingriffe verpflichten. Es sieht für Betreiber wesentlicher Sektoren wie Energie, Verkehr und Gesundheit umfassende Schutzmaßnahmen vor. Dazu zählen ein systematisches Risikomanagement, das Aufrechterhalten des Notbetriebs in Krisenlagen sowie die Planung von Verfahren, Ressourcen und Abläufen zur schnellen Wiederherstellung nach einer Störung – inklusive regelmäßiger Übungen. Bis Anfang 2026 wurde der Gesetzentwurf jedoch nicht vom Parlament verabschiedet. Das Bundesministerium des Innern kündigte infolge des Berliner Vorfalls eine Priorisierung an.

Ende Januar 2026 ist nun mit der zeitnahen Verabschiedung des KRITIS-Dachgesetzes zu rechnen. Als problematisch an dem Entwurf war schon zuvor insbesondere durch Sachverständige bei der Anhörung im Bundestag kritisiert worden, dass die geplanten Vorschriften häufig erst für Betreiber mit einer Ver-

sorgungszuständigkeit von über 500.000 Menschen griffen, wodurch viele regionale und kommunale Einrichtungen ausgenommen gewesen wären. Wie hoch dieser Schwellenwert ist, zeigt sich daran, dass er das Fünffache der rund 100.000 vom Berliner Blackout betroffenen Menschen beträgt. Der Vorfall bestätigte somit die Forderung, die Schwellenwerte zu überprüfen. Übertragen ließe sich diese Debatte auch auf die nationale Umsetzung der 2023 verabschiedeten EU-NIS2-Richtlinie zur Cybersicherheit – abermals vor allem im Hinblick auf Kommunen und Betreiber mit weniger als 500.000 Kunden. Medien berichteten jüngst, dass auf Drängen der Bundesländer in das KRITIS-Dachgesetz zumindest die Möglichkeit aufgenommen werde, dort jeweils selbst niedrigere Schwellenwerte anzusetzen – die dann allerdings nicht mehr bundesweit einheitlich wären. Ebenso sei den Berichten zufolge vorgesehen, Transparenzpflichten zur Offenlegung von Standort- oder Leistungsdaten zu überprüfen, da diese von fremden Nachrichtendiensten oder Extremisten zur Sabotageplanung missbraucht werden können.

#### Stärkung der Reaktionskapazitäten

Der Berliner Vorfall, aber auch andere Krisen wie das schwere Ahrtalhochwasser 2021, zeigen: Bei der Krisenwarnung und den Reaktionskapazitäten, nicht nur denen des Katastrophenschutzes, in Deutschland besteht dringender Handlungsbedarf. In beiden Fällen erreichten Warnungen, etwa durch Krisenapps wie „NINA“ oder „KATWARN“, die Betroffenen zu spät oder nur unzureichend. Hinzu kommt, dass Katastrophen- und Bevölkerungsschutz in Deutschland nach wie vor stark föderal organisiert sind. Selbst auf Länderebene verteilen sich die Verantwortlichkeiten häufig auf verschiedene Ressorts – in Berlin etwa auf die Senatsverwaltung für Inneres, die Feuerwehr, die Polizei sowie auf die einzelnen Bezirksämter der zwölf Stadtbezirke. Zwar existiert im Land Berlin seit 2020 ein Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement (KBK); dieses darf jedoch bisher nur planerisch und koordinierend tätig werden. Die operative Entscheidungskompetenz verbleibt bei den einzelnen Akteuren. Und zumindest zu Beginn der Krise blieb bisweilen unklar, wer für wofür zuständig ist. Berlin will dies nun rasch ändern und „Modellstadt“ für Krisenfertigkeit werden. Von den nach dem letzten Strom-

ausfall vom Berliner Senat angekündigten 45 Katastrophenschutz-Leuchtturm-Einrichtungen, die in Krisen als Anlaufstelle zur Ersthilfe dienen sollen, ist bislang erst knapp ein Drittel einsatzbereit – wie der Berliner Rechnungshof in seiner deutlichen Kritik an den Krisenvorbereitungen kurz zuvor bemängelt hatte.

Auch deutschlandweit ist die Lage im Krisenmanagement weiterhin unbefriedigend. Die Bundesrepublik verfügt bislang nicht über ein nationales Krisenzentrum zur Koordination überregionaler Krisenreaktionen, wie es beispielsweise in Belgien seit 2018 existiert. Stattdessen ist im Koalitionsvertrag 2025 neben dem bereits eingerichteten Nationalen Sicherheitsrat die Einrichtung eines „Bund-Länder- und ressortübergreifenden Nationalen Krisenstabs“ und eines „Nationalen Lagezentrums“ vorgesehen, die zum einen 24/7 akutes Krisenmanagement betreiben und zum anderen ständig ein nationales Lagebild verfügbar haben sollen. Neben dem Technischen Hilfswerk (THW) kann die Bundeswehr laut Grundgesetz in besonderen Notlagen – und auf Anforderung – Hilfe leisten und per Amtshilfe zivile Kräfte wie Feuerwehr, Polizei und anerkannte Hilfsorganisationen unterstützen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn militärische Ressourcen nicht im Kernauftrag der Bundeswehr, also der Landes- und Bündnisverteidigung, gebunden sind.

#### Geopolitischer Kontext: Hybride Angriffe gegen die Demokratie

Nicht funktionierende Krisenreaktion und unzureichende Notversorgungsstrukturen machen eine Gesellschaft anfällig für hybride Angriffe. Russland setzt im Rahmen seiner hybriden Kriegsführung – insbesondere seit dem Überfall auf die Ukraine 2022 – vermehrt sogenannte „aktive Maßnahmen“, die physische Sabotage, Cyberangriffe und Desinformation verbinden, gegen westliche Gesellschaften ein. Ziel solcher hybriden Aktivitäten ist es, das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates zu untergraben. Diese Maßnahmen setzen vor allem dort an, wo gesellschaftliche Spannungen, Misstrauen oder Versorgungsdefizite bereits existieren. Die Verletzlichkeit Kritischer Infrastruktur schafft eine doppelte Verwundbarkeit: Durch Sabotage lässt sich materieller und wirtschaftlicher Scha-

den anrichten, und zugleich kann dies die Wahrnehmung stärken, Staat und Wirtschaft könnten ihre grundlegenden Funktionen nicht mehr erfüllen – unabhängig davon, wer den Schaden verursacht hat. Unklarheiten bei der Identifikation der Urheber (zum Beispiel russische Sabotage vs. linksextremes Bekennerschreiben) sind ebenfalls Teil der hybriden Strategie. In der aktuellen Aufmerksamkeitsökonomie sehen sich Politiker und Politikerinnen oft zu vorschnellen Zuschreibungen veranlasst, was ungewollt selbst zu Verunsicherung und gesellschaftlicher Polarisierung beiträgt. In der angespannten Stimmung nach dem Stromausfall versuchten einige Akteure zudem, die Notlage der Berliner Bevölkerung zu instrumentalisieren. So titelte etwa die Berliner Zeitung am 5. Januar 2026: „Während in Berlin das Licht ausgeht: 1.700 THW-Generatoren sichern Energie in der Ukraine“ – und bediente damit ein Narrativ, das auf Polarisierung abzielt.

Der Vorfall in Berlin sollte als Warnsignal und als Übung für den Ernstfall verstanden werden. Besonders kritisch wäre ein Szenario, in dem mehrere koordinierte Sabotageakte an verschiedenen Orten in Deutschland verübt werden, um die Reaktions- und Durchhaltefähigkeit der Bevölkerung und staatli-

cher Institutionen zu testen – etwa mit der gezielten Botschaft: „Wollt ihr wegen der Ukraine im Dunkeln sitzen und frieren? Seht her, eure Regierung hat Geld für den Schutz der Ukraine, aber nicht für euch“. Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seines Leistungspotenzials und seiner Rolle als europäische Führungsmacht ein Primärziel hybrider Aktivitäten, nicht zuletzt aufgrund seiner Bedeutung für die militärische Verlegbarkeit der NATO nach Osten. Aktivitäten wie das Ausspähen von Logistikinfrastruktur, Drohnenflüge über Flughäfen und Kasernen sowie Sabotageakte an kriegsrelevanten Bahnverbindungen lassen sich daher auch als Vorbereitung auf künftige Konflikte deuten. Während die weltpolitische Krisenanfälligkeit ständig zunimmt und auch die interne Kohärenz der NATO zunehmend auf die Probe gestellt wird, bleiben die Krisenreaktions- und Notfallfähigkeiten Deutschlands und Europas jedoch absehbar unzureichend.

#### Eine technische Krise kann schnell zu einer Vertrauenskrise werden

Von entscheidender Bedeutung ist nicht nur, wie lange die technische Wiederherstellung der Stromversorgung oder anderer Kritischer Infrastruktur dauert, sondern auch, wie lange die Bevölkerung bereit ist, Störungen zu akzeptieren, ohne das Vertrauen in öffentliche Institutionen zu verlieren. In einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft kann ein Strom- oder Internetausfall heute nicht nur Unannehmlichkeiten verursachen. Er kann den Verlust von Einkommen, Arbeitsmöglichkeiten, Informationszugang und grundlegenden Dienstleistungen bedeuten – und die Abhängigkeit davon wächst stetig. Dadurch werden langanhaltende Infrastrukturausfälle zu einem äußerst wirksamen Faktor für politischen Druck und Destabilisierung – selbst ohne militärische Eskalation. Wenn der Staat – von der kommunalen bis zur nationalen Ebene – in einer solchen Situation Schwächen bei der Handlungsfähigkeit demonstriert, nicht glaubwürdig kommuniziert und keine klaren Abhilfemaßnahmen aufzeigt, kann sich eine technische Krise rasch zu einer Vertrauenskrise ausweiten. Aus dieser Perspektive sind Investitionen in die Resilienz der Infrastruktur zugleich Investitionen in die Resilienz der Demokratie. Denn das Gefühl von Sicherheit und Verlässlichkeit in der Gesellschaft bestimmt maßgeblich ihre Fähigkeit, unter Druck funktionsfähig zu bleiben. Die Fol-



Eine technische Krise kann schnell zu einer Vertrauenskrise werden.

gen eines länger anhaltenden Stromausfalls treffen die Bevölkerung zudem ungleich. An Leib und Leben gefährdet sind besonders ältere Menschen und chronisch kranke Personen, die auf elektrische Geräte angewiesen sind. Darüber hinaus hängt der Lebensunterhalt einer noch weit größeren Gruppe von Menschen direkt davon ab, dass die digitale oder logistische Infrastruktur funktioniert. Unabhängig davon, welcher dieser Gruppen Menschen angehören, kann eine technische Krise rasch Existenzen bedrohen. Enttäuschung und das Gefühl, vom Staat im Stich gelassen zu werden, können im Zusammenspiel damit wiederum Nährboden für radikalisierte Narrative und gezielte Desinformation bieten.

### Gesellschaftliche Resilienz fördern

Ein entscheidender Faktor, der die Auswirkungen einer solchen Krise abfedern kann, ist die gesellschaftliche Solidarität – also das Maß an Vertrauen, die Stärke sozialer Netzwerke und die Fähigkeit zur Selbstorganisation auf lokaler Ebene. Gemeinschaften mit engen nachbarschaftlichen Bindungen, aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen und einer Kultur gegenseitiger Hilfe sind besser in der Lage, staatliche Untätigkeit oder Verzögerungen zumindest teilweise auszugleichen, Panik zu begrenzen und grundlegende soziale Funktionen auch bei langanhaltenden Störungen der Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Dies gelingt in ländlichen Regionen und kleineren Kommunen tendenziell leichter als in anonymisierten und teils stark von Zu- und Wegzug geprägten Großstädten. Fluktuation steht oft nachhaltigem bürgerschaftlichem Engagement entgegen. Ein Problem können auch Finanzierungslücken bei ehrenamtlichen Strukturen sein, was wiederum das bürgerschaftliche Engagement schwächen kann. Auch deshalb sollten Politik und Behörden sich für den Aufbau von sozialen Basisstrukturen interessieren. Gerade der Berliner Vorfall zeigt: Kommunen und Länder müssen – unterstützt durch Bundesprogramme – bestehende ehrenamtliche Strukturen gezielt ausbauen, indem sie Ausbildung, Ausrüstung und Nachhaltigkeitskonzepte (wie zum Beispiel Nachfolgeregelungen) fördern, statt sie neu von Null zu schaffen.

Ein zentraler Aspekt der sozialen Resilienz ist ihre kognitive Dimension, die über technische, infrastrukturelle und physische Faktoren hinausgeht. Sie betrifft psychologische Mechanismen und die

Fähigkeit einer Gesellschaft, auf psychologischen Druck zu reagieren. Gegner demokratischer Staaten nutzen gezielt solchen kognitiven Druck, um gesellschaftliche Wahrnehmungen und Reaktionen zu beeinflussen. China beschreibt diese Methoden in seinen strategischen Konzepten, während Russland weiterhin auf Instrumente der sogenannten „reflexiven Kontrolle“ zurückgreift, die darauf zielt, Gegner zu Handlungen bewegen, die im Interesse Moskaus liegen. Ereignisse wie der Stromausfall in Berlin bieten ideale Angriffsflächen im Informationsraum, um Verunsicherung zu vertiefen und gewünschte Narrative zu verstärken. In solchen Situationen wird die Fähigkeit der Behörden, schnell, klar und konsistent zu kommunizieren, zu einem zentralen Faktor für das Krisenmanagement. Dazu gehören proaktive Kommunikationsstrategien ebenso, wie ein ausgeprägtes Situationsbewusstsein, das auf kontinuierlicher Informationsanalyse, Lagebewertung und Austausch basiert.

Bei einem großflächigen Stromausfall hängt die Wirksamkeit öffentlicher Kommunikation jedoch auch von der physischen Verfügbarkeit der Informationskanäle ab. Wenn Strom, Internet und Mobilfunk nur eingeschränkt verfügbar sind, wird ein erheblicher Teil der Bevölkerung vom digitalen Informationsfluss abgeschnitten. Gelingt es dem Staat nicht, Kommunikationswege zu diversifizieren, entsteht schnell ein Vakuum, das von Gerüchten, Fehlinformation und Desinformation gefüllt wird. Echte Informationsresilienz in Krisenzeiten erfordert daher nicht nur strategische Vorbereitung und abgestimmte Botschaften, sondern auch deren physische Zugänglichkeit für die Bevölkerung. Klassische Kanäle wie UKW-Radio, lokale Notfallinformationsstellen, Sirenen, Megafone und akustische Warnsignale, mobile Lautsprecherwagen sowie Satellitenfunk können dabei entscheidend sein, um sicherzustellen, dass der Staat selbst in Phasen technischer Ausfälle als sichtbarer und glaubwürdiger Akteur im öffentlichen Raum präsent bleibt.

### Was sollte Deutschland aus dem Berliner Blackout lernen?

Zunächst ist der Staat insgesamt bei der Schaffung von Resilienz im Sinne von Widerstands- und Anpassungsfähigkeit des Systems aus Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gefordert. Auch wenn die Bürgerinnen und Bürger mit Eigenschutz- und Ver-

sorgungsmaßnahmen die erste Linie der Resilienz bilden, kann der oder die Einzelne – wie sich jüngst in Berlin zeigte – nicht alles auffangen. Ein effektiver Katastrophenschutz ist nur möglich, wenn Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürger gemeinsam handeln. Finnlands Strategie etwa verbindet Behörden, Unternehmen und Gesellschaft in einem „All-Gefahren“-Ansatz, der sowohl zivile als auch militärische Bedrohungen abdeckt. Wichtige Elemente für Deutschland sind Notfallplanung, Kontinuitätsmanagement, regelmäßige Übungen und eine Echtzeit-Lageüberwachung durch ein Regierungslagezentrum. Persönliche Krisenvorsorge ist ebenso essenziell wie ausreichende finanzielle Mittel für Katastrophenschutz, Feuerwehr, Polizei und auf Bundesebene das THW. Auch die Bundeswehr sollte so ausgestattet sein, dass es in nationalen Krisenszenarien nicht zu einer Ressourcenkonkurrenz kommt, der die Erfüllung ihres Kernauftrags gefährdet. Zentral für Krisenvorsorge und -reaktion ist dabei, die Bevölkerung einzubeziehen. Schweden bereitet seine Bürgerinnen und Bürger bereits seit Jahrzehnten praktisch und mental auf größere Krisen vor. Seit 2018 (und erneut 2024) erhält die Bevölkerung eine Vorsorgebroschüre mit Empfehlungen unter dem Titel „Im Falle von Krisen oder Krieg“. Zwar gibt es in Deutschland seit 2013 ebenfalls eine – regelmäßig aktualisierte – Vorsorgebroschüre des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; diese wird aber nicht aktiv allen Haushalten zugestellt.

Der Staat – also Bund, Länder und Kommunen – sollte vor allem zur Gefahrenabwehr Abhängigkeiten reduzieren, etwa durch Gasspeicher und die Stärkung dezentraler Energieversorgung. Er muss resiliente Netzstrukturen für Daten und Kommunikation bereitstellen sowie Betreiber zu Back-up-Systemen verpflichten. Vorsorglicher Bevölkerungsschutz in Friedenszeiten sollte außerdem den Aufbau und die Wartung von Schutzräumen und medizinischer Reserven beinhalten. Fatalerweise wurde in Deutschland erst vor wenigen Jahren auf Druck der Mobilfunkbetreiber die Verpflichtung abgeschafft, Mobilfunkmasten mit Notstromkapazitäten für mindestens acht Stunden zu versorgen. Auch Kommunen und kommunale IT-Betreiber sollten das bekannte Kompendium von Cybersicherheitsmaßnahmen („IT-Grundschutz“) verinnerlichen und regelmäßige Übungen durchführen. Zugleich muss bei der weiteren Umsetzung der Energiewende die Sicherheits-

planung dringend stärker einbezogen werden – etwa durch die Schaffung autonomer Versorgungszellen (Balkonsolar, dezentrale Energiespeicher, Windkraft, Nord-Süd-Stromkorridore, Wabenstruktur der Netze), um Ausfälle besser regional begrenzen zu können. Andere Nationen wie etwa Finnland, Japan und Südkorea führen regelmäßig groß angelegte Katastrophenschutzübungen durch, um Selbstwirksamkeit und gegenseitige zivile Fürsorge der Bevölkerung zu trainieren. Solche Übungen ermöglichen es zugleich Behörden, ihre Kommunikationsprozesse mit der Bevölkerung unter Notbedingungen zu testen und Kommunikationsdesaster wie jüngst in Berlin zu vermeiden. In Deutschland findet dagegen nur alle zwei Jahre eine bundesländerübergreifende Katastrophenübung (LÜKEX) statt, die sich vor allem auf Stabebene abspielt. Ohne eingeübte Praxis bleiben selbst die besten Katastrophenschutzkonzepte theoretisch.

Schließlich gilt: Wenn die Bevölkerung einen Staat wahrnimmt, der grundsätzliche öffentliche Güter effektiv bereitstellt und zur nationalen Sicherheit angemessen beiträgt, wird sie auch eher bereit sein, Engpässe zu akzeptieren. Festzuhalten bleibt allerdings auch: Selbst bessere Vorsorge garantiert keinen hundertprozentigen Schutz. Moderne Infrastruktur ist weit verzweigt und zugleich fragil; mit fortschreitender Digitalisierung entstehen zusätzliche Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten. Resilienz bedeutet in diesem Zusammenhang immer auch, das Eintreten von Schäden zu antizipieren – um dann schnellstmöglich zur Funktionsfähigkeit zurückzukehren. Es geht also um eine angemessene Vorbereitung, wobei Resilienz in diesem Fall stark mit ausreichender Vorsorge („Preparedness“) korreliert. Gleichzeitig betreffen diese Preparedness und Resilienz das gesamte System der Funktionsweise des Staates und seiner Bürgerinnen und Bürger, darunter zahlreiche infrastrukturelle, logistische, organisatorische, soziale und politische Aspekte. Ohne ein Bündel abgestimmter Maßnahmen ist die nächste Krise vorprogrammiert. Benjamin Franklin formulierte das einst treffend: „By failing to prepare, you are preparing to fail“. ■

Dieser Beitrag erschien zuerst als Arbeitspapier Sicherheitspolitik Nr. 1/2026 der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), der zentralen ressortübergreifenden Weiterbildungsstätte der Bundesregierung für Sicherheitspolitik.



**Europa verteidigen: Was tun, wenn die USA wackeln?**

**Wird Russland europäisches NATO-Territorium angreifen?**

Aktuell kann niemand diese Frage beantworten, sicher aber ist: Ziehen sich die USA mittelfristig aus Europa zurück, wie es unter Donald Trump den Anschein hat, werden sich die Europäer gegen einen Angriff kaum effektiv verteidigen können.

Jana Puglierin führt die Bedrohungen vor Augen, denen Europa ausgesetzt ist. Davon ausgehend zeigt sie, was jetzt dringend geschehen muss, damit Europa verteidigungsfähiger wird – und warum genau das der richtige Weg ist, um von vornherein zu verhindern, dass ein solches Szenario Realität wird.

*„Ein wichtiger, eindringlicher Appell an Deutschland und Europa, fachkundig, aber auch leidenschaftlich, von einer führenden Vertreterin einer neuen Generation außenpolitischer Denkerinnen.“*

Timothy Garton Ash

**Wer verteidigt Europa**  
Jana Puglierin  
26 EUR  
Rowohlt

**Der Westen nach 2022: Globaler Blick, weniger NATO-Bubble**

Das Buch der Stunde: Daniel Marwecki beschreibt die Welt, wie sie sich gerade vor unseren Augen verändert - und spendet mit seiner klugen und menschenfreundlichen Analyse Trost durch Verstehen.

In den Trümmern der Kriege in Gaza und der Ukraine zeichnen sich die Konturen einer neuen Welt ab. Donald Trump ist der westliche Abstiegsmanager, der die USA von einem Imperium zurück in einen Nationalstaat verwandelt – zum Leidwesen eines traurigen Europas, das ahnungslos in die neue, multipolare Welt hineinstolpert. Im Schatten all dessen entfaltet die Dekolonisation – verspätet – ihre Wirkung.

**Die Welt nach dem Westen**  
Daniel Marwecki  
24 EUR  
Ch. Links



**Deutschland in der Machtverschiebung: Bundeswehr, Rolle, Zumutungen**

**Roderich Kiesewetter – Was wollen wir? Was können wir? Deutschlands Rolle in der globalen Machtverschiebung**

Deutschland steht an einem Wendepunkt: Sind wir bereit, für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung Verantwortung zu übernehmen und Konsequenzen zu ziehen – politisch, diplomatisch und militärisch?

Roderich Kiesewetter, einer der profiliertesten Sicherheitsexperten im Bundestag, fordert eine grundlegende Neuausrichtung unserer Sicherheitspolitik.

Er analysiert Versäumnisse, benennt bequeme Narrative und zeigt, warum

**Was wollen wir? Was können wir?**  
Roderich Kiesewetter  
25 EUR  
Ullstein



# Rezensionen

**Der Westen sind jetzt wir**

**Von unzuverlässigen Freunden und entschlossenen Gegnern: Deutschlands neue Verantwortung | Vom SPIEGEL-Bestsellerautor und ZEIT-Außenpolitik-Experten**

„Assad ist weg. Das Regime ist gefallen. Die USA sorgen für unsere Sicherheit, China für unsere Exporteinnahmen und Russland für unsere Energie – so lautete lange Jahre die unausgesprochene Annahme aller deutschen Außenpolitik.“

Diese Gleichung geht im Zeitalter der Unsicherheit nicht mehr auf: Deutschland muss im Konzert der internationalen Mächte endlich seiner Verantwortung gerecht werden

und selbstbewusst als Vertretung der westlichen Werte in der neuen Weltordnung auftreten. Jörg Lau, Außenpolitik-Experte der ZEIT, zeigt in diesem politischen Sachbuch, wie eine neue, mutigere und realitätsnähere Außenpolitik aussehen muss, die unsere Freiheit schützt, unseren Wohlstand gewährleistet und den Frieden sichert.

Dazu begleitet er die bestimmenden Personen der Weltpolitik bei ihren Reisen, Terminen und Gipfeln, gibt Einblicke, wie Entscheidungen gefällt werden und analysiert die Leitlinien der deutschen Außenpolitik.

Sein Buch ist der längst überfällige Entwurf einer anderen Außenpolitik für ein zerrissenes 21. Jahrhundert.

*„Jörg Lau seziert – gekonnt wie immer – das Ende alter Gewissheiten. Wer wissen will, warum Deutschland am Nullpunkt steht, woher die Verunsicherung in Europa kommt und wie eine mutigere Außenpolitik aussehen kann, muss dieses Buch lesen!“* Anne Will



**Der Westen sind jetzt wir**  
Jörg Lau  
26 EUR  
Droemer Knauer

**Mutig sein**

**Die gefeierte Bischöfin – ein Beispiel für Furchtlosigkeit und Zivilcourage**

Im Gottesdienst zur Amtseinführung Trumps richtete sich Bischöfin Mariann Budde mit kritischen Worten und der Bitte um Erbarmen direkt an den Präsidenten. Die Mitschnitte ihrer Predigt gingen um die Welt, vielen ist sie zum Vorbild geworden. Hier zeigt sie: Mut und mutiges Handeln sind ein Lebensweg. Anhand zahlreicher Geschichten – von Harry Potter über den Kleinen Prinzen bis zum Lukasevangelium – und persönlicher Erfahrungen beschreibt sie, wie wir uns zu unserem mutigsten Selbst entwickeln können.

Mut ist eine Reise, die wir jeden Tag antreten können, davon ist Mariann Budde überzeugt. Im Laufe eines Lebens gibt es entscheidende Momente, in denen wir den einen oder anderen Weg einschlagen. Dabei kann es ebenso um Zivilcourage gehen wie auch um persönliche, innere Entscheidungen.

Man muss kein gläubiger Mensch sein, meint Mariann Budde, um auf die zutiefst menschliche Fähigkeit zu vertrauen, Liebe, Güte und echte Stärke in unser eigenes Leben und in die Welt zu bringen.

**Mutig sein**  
Mariann Edgar Budde  
23 EUR  
S. Fischer



Nachruf

# RUHE IN FRIEDEN

**In dankbarer Erinnerung an Werner Eickmann**

Mit großer Trauer nehmen wir Abschied von unserem guten Freund und Wegbegleiter Stabsfeldwebel a. D. Werner Eickmann, der am **28. Februar 2026** verstarb.

Viele Jahre war er mit uns in der GKS unterwegs – als Kreisvorsitzender, als Delegierter in der Bundeskonferenz, als engagierter Mitschaffender in Projekten und immer dann, wenn seine Mitarbeit und sein Rat gebraucht wurden. Mit großer Verlässlichkeit, Einsatzbereitschaft und Treue hat er unsere Gemeinschaft geprägt.

Viele Jahre war Werner von schwerer Krankheit gezeichnet. Wir durften erleben, wie er diese Krankheit getragen hat: mutig, geduldig und mit festem Willen, sich nicht unterkriegen zu lassen – auch als er wusste, dass er diesen Kampf nicht gewinnen würde.

In unerschütterlicher Gewissheit auf unseren Herrn Jesus Christus hat er seine Krankheit angenommen. Soweit es seine Kräfte zuließen, nahm er weiterhin am Leben teil und brachte sich ein – auch in der GKS.

Sein Glaube, seine Standhaftigkeit und seine Treue bleiben uns ein Vorbild.

Wir sind dankbar für alles, was er für uns und unsere Gemeinschaft getan hat. Danke, dass wir dich kennenlernen durften!

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren und für ihn beten.

Ruhe in Frieden!



Bild: GKS

# IMPRESSUM

„AUFTRAG“ ist die Verbandszeitschrift der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie erscheint dreimal im Jahr.

**HERAUSGEBER:**

Gemeinschaft Katholischer Soldaten  
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin  
[www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de](http://www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de)

ISSN: 1866-0843

**REDAKTION:**

Verantwortliche Redakteurin:  
Nadin Schley V. i. S. d. P.

**TITELFOTO:**

Shutterstock

**ZUSCHRIFTEN:**

Redaktion AUFTRAG  
Am Weidendamm 2  
10117 Berlin  
[redaktion-auftrag@kath-soldaten.de](mailto:redaktion-auftrag@kath-soldaten.de)

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe.

**ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:**

GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln  
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18  
BIC: GENODED1PAX

**LAYOUT:**

Editorial Publishing Berlin e. K.  
Eberhard-Roters-Platz 14  
10965 Berlin

**DRUCK:**

Königsdruck Printmedien und digitale Dienste GmbH  
Alt Reinickendorf 28  
13407 Berlin

**REDAKTIONSSCHLUSS:**

15. März 2026



Erfahren Sie  
mehr auf unserer  
Website.